

Zeitung

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. L a n k e s, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 18. Februar 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 7

Die Sozialversicherung im Jahre 1930

Vom Reichsversicherungsamt wird soeben der Bericht über die Bilanz der Sozialversicherung im Jahre 1930 mit einem Rückblick auf das Jahr 1931 veröffentlicht. In beiden Jahren stand die Sozialversicherung in allen ihren Zweigen vollkommen unter dem Einfluß der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Wird zunächst die Arbeitslosenversicherung außer Betracht gelassen, so können wir die Hauptergebnisse für sämtliche Zweige folgendermaßen zusammenfassen: Die Beiträge gingen im Jahre 1930 von 4,1 Milliarden Mark auf 3,8-Milliarden Mark zurück, die Vermögenserträge ergaben 263 Millionen Mark, so daß sich mit den sonstigen Einnahmen von 133 Millionen Mark die Gesamteinnahme für sämtliche Zweige ohne die Arbeitslosenversicherung auf 4,2 Milliarden Mark belief.

Die Gesamtausgaben betragen 3,7 Milliarden Mark. Davon sind in den einzelnen Zweigen starke Abweichungen vom Jahre vorher festzustellen. Die Ausgaben für die Krankenversicherung sanken infolge der Einschränkungmaßnahmen um rund 200 Millionen Mark, ungefähr um dieselbe Summe stiegen die Ausgaben in den Rentenversicherungszweigen. 92 Proz. aller Ausgaben oder 90 Proz. der Beitragseinnahmen stellten Ausgaben für Pflicht- und freiwillige Leistungen in Höhe von 3,4 Milliarden Mark dar. Die Verwaltungskosten betragen 281 Millionen Mark oder 7,4 Proz. der Beiträge. Einen starken Rückgang verzeichnet der Einnahmeüberschuß mit 456 Millionen Mark gegenüber dem Jahre vorher. Von dem Endvermögen entfallen je 35 Proz. auf die Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung und 20 Proz. auf die Krankenversicherung. Der Rest entfällt auf die übrigen Versicherungszweige. Der Anteil der Invalidenversicherung an dem Vermögen ist gegenüber dem Jahre vorher gefallen und wird voraussichtlich auch im Jahre 1931 stark zurückgehen.

Bei der knappschaftlichen Pensionsversicherung sind ebenfalls Fehlbeträge entstanden, obwohl nach der Lex Brüning das Reich aus Lohnsteuerüberschüssen 29 Millionen bezahlte. Die Ueberschüsse bei den übrigen Versicherungsträgern sind sehr gering und bei der Invalidenversicherung ist, wie bekannt, bereits im vergangenen Jahre ein Eingriff in das Vermögen zur Aufbringung der Renten nötig geworden. Die angesammelten Rücklagen können nur zu einem kleinen Teil flüssig gemacht werden, da der größte Teil des Vermögens in Verwaltungsgebäuden, Heilanstalten und ähnlichen Werken angelegt ist. Auch bei den Wertpapieren und Darlehen ist es ohne große Verluste für die Versicherungsträger nicht möglich, sie plötzlich flüssig zu machen. Einen guten Überblick gibt obenstehende Tabelle.

Das vorhandene Vermögen ist zu sehr niedrigem Zinsfuß angelegt. Diese Tatsache resultiert daraus, daß die aus der Sozialversicherung ausgeliehenen Kapitalien für soziale Zweckbestimmungen verwendet werden. Diese Zinseinbuße muß jedoch als Ausgabe für die Gesundheitsfürsorge angesehen werden, so daß sie wiederum in anderer Art der Sozialversicherung zunutze kommt.

Der Bericht befaßt sich auch mit der Auswirkung der im Jahre 1928 und 1929 ergangenen Gesetze auf die Rentenlast der Jahre 1929 und 1930 in der

	Krankenversicherung (ohne Ersatzkassen)	Unfallversicherung	Invalidenversicherung	Knappschaftl. Pensionsvers.		Angestelltenversicherung (nur R. f. A.)
				der Arbeiter	der Angestellten	
in Tausend						
Zahl der Versicherten	20 344	23 690	18 000	644	48	3 500
Zahl der Rentenempfänger	—	1 053	3 518	358	24	226
in Millionen M.						
Einnahmen an Beiträgen	1 861	405	986	124	28	385
Einnahmen aus Erträgen der Kapitalanlagen	39	8	83	7	1	124
Einnahmen sonstige	22	10	57	36	6	3
Einnahmen zusammen	1 922	423	1 126	167	35	512
Ausgaben für Leistungen	1 650	365	1 005	193	37	175
Ausgab. f. Verwaltungskosten	139	58	62	8	1	13
Ausgaben sonstige	11	6	4	1	—	1
Ausgaben zusammen	1 800	429	1 071	202	38	189
Ueberschuß	*) 122	—	55	—	—	323
Fehlbetrag	—	6	—	35	3	—
Vermögen zu Anfang 1930	800	315	1 552	155	27	1 310
Vermögen zu Ende 1930	926	309	1 637	120	24	1 633

*) Infolge Änderungen an der Vermögensbewertung stimmen Einnahmeüberschuß und Vermögenszuwachs nicht überein.

Zweierlei Mass in der Unfallversicherung

Vor etwa Jahresfrist verlangten die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen und der Reichsverband des deutschen Handwerks in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister eine Kürzung der Leistungen aus der Unfallversicherung mit dem Hinweis, daß nur dann die Unfallversicherung, wenn auch in beschränkterem Umfange, aufrechterhalten werden könne. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen haben demgegenüber in ihrer Denkschrift über die Reform der Sozialversicherung darauf hingewiesen, daß die Aufrechterhaltung der Unfallversicherung keineswegs nur auf dem von den Unternehmern vorgeschlagenen Wege, nämlich durch Abbau der Unfallrenten, möglich sei. Es wurde vorgeschlagen: Zusammenlegung kleiner Berufsgenossenschaften zur Ersparnis der Verwaltungskosten, Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Unfallversicherung und Ausdehnung der Unfallversicherung auf die noch nicht versicherungspflichtigen Arbeitnehmergruppen, um so die Versicherung auf breitere Grundlage zu stellen, und schließlich Verbesserung des Unfall-schutzes und damit Beseitigung einer Anzahl Unfallquellen, um weitere Belastungen der Unfallversicherung möglichst aufzuhalten.

Ende Oktober v. J. unternahm der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften und der Verband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nochmals einen Vorstoß zum Abbau der Unfallrenten. Ihre Vorschläge gingen zum Teil noch über die von den Arbeitgebervereinigungen

Invalidenversicherung. Die Rentenlast betrug 1929 1,14 Milliarden Mark, im Jahre 1930 1,28 Milliarden Mark. Von der gesamten Rentenlast des Jahres 1930 trug das Reich 396 Millionen Mark und die Versicherungsträger 884 Millionen Mark. Auch die Auswirkung der hier in Frage kommenden Gesetze vom 12. Juli 1929 und 29 März 1929 brachte im Jahre 1930 dem Reich neue Lasten von 86 Millionen Mark und für die Versicherungsträger 125 Millionen Mark.

Für das Jahr 1931 liegen nur Schätzungszahlen vor, danach sollen sich die Gesamtausgaben in der Unfallversicherung auf 420 Millionen Mark, in der Invalidenversicherung auf 320 Millionen Mark belaufen. Für 1931 wird bereits mit einem Defizit von 220 Millionen Mark gerechnet. In der Angestelltenversicherung sollen nach der vorliegenden Schätzung 507 Millionen Mark Einnahmen 261 Millionen Mark Ausgaben gegenüberstehen.

Wir wollen uns mit diesen Schätzungen nicht weiter beschäftigen, es hängt alles von der Belebung der Wirtschaft ab, und sobald der Krisentiefstand überwunden ist, wird sich auch hier das Bild infolge der eingehenden erhöhten Beitragssumme sofort ändern.

Wie wir bereits berichtet haben, trägt sich das Reichsarbeitsministerium mit dem Gedanken, in aller nächster Zeit weitere einschneidende Maßnahmen in der Invaliden- und Knappschaftsversicherung vorzunehmen, um die entstandenen Defizite zu decken. Es ist daher notwendig, daß die Gewerkschaften frühzeitig zu diesen Plänen Stellung nehmen und ebenfalls alles veranlassen werden, um untragbare Verschlechterungen zu verhindern.

erhobenen Forderungen hinaus. Beide Vorschläge zielten darauf hin, durch Verringerung der durch die Rentenzahlung entstehenden Lasten eine Senkung der von den Unternehmern zu zahlenden Beiträge zu erreichen. Die infolge der Kürzung der Renten eintretende Notlage bei den Unfallverletzten machte diesen Stellen weniger Sorge.

Die Reichsregierung hat sich über die von den Arbeitgebern wie Gewerkschaften diskutierten Fragen in Schweigen gehüllt. Sie hat sich nahezu ein Jahr Zeit gelassen, bis sie sich zu einem Eingreifen entschloß. In den verflossenen Monaten wurde behauptet, die Regierung trüge sich mit einschneidenden Plänen zur Umgestaltung der Unfallversicherung. Es sei beabsichtigt, eine Reihe kleiner leistungsschwacher Berufsgenossenschaften zur Ersparnis der Verwaltungskosten zusammenzulegen. U. a. sollten auch die zwölf Baugewerksberufsgenossenschaften vereinigt werden. Bezüglich der Berufsgenossenschaften des Holzgewerbes und der Eisen- und Stahlindustrie sollten ähnliche Pläne bestehen. Ebenso wurde vermutet, daß die Fleischereiberufsgenossenschaft der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft angegliedert werden sollte. Schließlich wurde angeblich noch eine Angliederung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft an die Landesversicherungsanstalten erwogen. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß der Reichsarbeitsminister Stegerwald in seinen verschiedenen Reden auf die bevorstehende Reform der Sozialversicherung im allgemeinen und der Unfallversicherung im besonderen hinwies, ohne

jedoch näher darauf einzugehen, in welcher Richtung sich diese Reform bewegen sollte.

Nun hat die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 in Teil Kapitel 2 eine Teillösung auf dem Gebiete der Unfallversicherung gebracht, die aber keineswegs als eine Reform der Unfallversicherung bezeichnet werden kann, vielmehr stellt sie eine Unfallverletzung und ihre Angehörigen hart treffende Verschlechterung dar. Die Unfallrenten unter 20 Proz. fallen weg, während die 20prozentigen Renten nur noch höchstens auf die Dauer von zwei Jahren gezahlt werden. Rund 400 000 Renten kommen dadurch in kurzer Zeit in Wegfall. Mit einem Federstrich hat damit die Regierung nahezu einer halben Million Unfallrentnern ihre Bezüge entzogen, ohne im geringsten dafür Vorsorge zu treffen, was mit diesen Opfern der Arbeit geschieht. Es ist somit das eingetreten, was die Gewerkschaften vermeiden wollten, nämlich, daß zur Entlastung der Unternehmer in der Unfallversicherung eine Abwälzung der bisher den Berufsgenossenschaften obliegenden Unterhaltungspflicht der Verletzten auf die Wohlfahrtskassen der Gemeinden erfolgt. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes besteht für den größten Teil der durch Unfall erwerbsbeschränkter Personen wenig Aussicht, eine Arbeitsstelle zu finden. Der Entzug der an sich bescheidenen Unfallrenten trifft sie deshalb besonders hart.

Auch mit der Bestimmung in der Notverordnung über die künftige Rentengewährung bei Wegeunfällen ist die Regierung den Forderungen der Unternehmer und der Berufsgenossenschaften sehr entgegengekommen. Demnach kann künftig der Schadenersatz durch die Berufsgenossenschaft ganz oder teilweise versagt werden, wenn bei dem Unfall ein Verschulden des Versicherten mitgewirkt hat. Die Folge dieser Bestimmung wird in erster Linie eine starke Mehrbelastung der Spruchinstanzen bei entschädigungspflichtig gewordenen Wegeunfällen sein. Was auf der einen Seite an Rentensparnis eintritt, wird wahrscheinlich durch Verwaltungs- und Prozeßkosten wieder ausgegeben.

Wir müssen also feststellen, daß die Vierte Notverordnung zur Entlastung der Berufsgenossenschaften einem erheblichen Teil von Unfallverletzten kurzerhand die Rente entzieht. Andererseits sind durchgreifende Veränderungen im Aufbau und in der Zusammensetzung der Berufsgenossenschaften nicht angeordnet worden. Zwar ist die gemeinsame Tragung der Entschädigungsleistungen bis zur Hälfte der Gesamtsumme vorgesehen, aber von weitergehenden organisatorischen Veränderungen zur Verminderung der Ver-

waltungskosten ist keine Rede. Anscheinend hat die Regierung mehr Mut gehabt, eine Kürzung der Renten durchzuführen, als die reichlich überlebte Verwaltungsform der Berufsgenossenschaften anzutasten.

Die Gewerkschaften aber forderten, daß den Versicherten das volle Mitwirkungsrecht in der Verwaltung der Träger der Unfallversicherung eingeräumt wird. Dazu hat sich die Regierung nicht entschließen können. Sie nimmt im Teil V Kapitel 2 Abschnitt 2 der Notverordnung nur eine recht dürftige anderweitige Regelung der Unfallverhütung und Überwachung in Aussicht und überläßt es dem Reichsarbeitsminister, den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abschnittes zu bestimmen. Für den Entzug der Renten wurde ein sofortiger Termin bestimmt; wo es sich um eine erweiterte Mitwirkung der Versicherten handelt, wird ein Wechsel auf die Zukunft ausgestellt.

Wie in der Zukunft die Mitwirkung der Versicherten bei den Trägern der Unfallversicherung erfolgt, läßt sich heute in vollem Umfange noch nicht übersehen. Wahrscheinlich werden die dazu notwendigen Ausführungsbestimmungen sich an den Referententwurf eines Gesetzes über Unfallverhütung in der Unfallversicherung vom April 1929 anlehnen. Danach sollen die Versichertenvertreter nicht mehr gewählt, sondern aus

Selbstschutz bedingt eine starke Organisation!

Am 20. Februar ist der 9. Wochenbeitrag fällig

den Vorschlagslisten der Gewerkschaften einfach vom Reichsversicherungsamt berufen werden.

Die Notverordnung bringt nur eine kleine Erweiterung des Mitwirkungsrechts der Versicherten. Soll sie nicht nur auf dem Papier stehen, ist es unbedingt notwendig, daß in kurzer Zeit der Abschnitt in Kraft gesetzt wird und daß eingehende Ausführungsbestimmungen über den Umfang der erweiterten Betätigung der Versicherten herausgebracht werden. Erst dann werden die Vertreter der Versicherten die Möglichkeit haben, soweit ihre auch weiterhin noch stark eingengte Tätigkeit das zuläßt, für den Ausbau des Gefahrenschutzes und eine öftere und eingehendere Betriebsüberwachung sich einzusetzen, um weiteren Unfällen und damit neuen Opfern auf dem Schlachtfelde der Arbeit vorzubeugen.

Die Hygiene-Ausstellung 1931 wurde mit einem Fehlbetrag von 890 000 Mark abgeschlossen. Seit 1921 sah Dresden 10 Ausstellungen, die einen Fehlbetrag von 2,5 Millionen Mark erbrachten.

Der Reichstag wird am 23. Februar erstmals wieder tagen, um zur Festsetzung des Termins der Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen.

Im braunschweigischen Regierungslager fanden Besprechungen statt, ob und wie weit es möglich ist, dem Gendarm von Hildburghausen, Hitler, eine Professur an der Technischen Hochschule in Braunschweig zu verschaffen. Hitler selbst will „Professor“ werden für den Fall, daß die Parteien im ersten Wahlgang keinen eigenen Kandidaten aufstellen und sich auf Hindenburg einigen. Er will dann ebenfalls schon im ersten Wahlgang kandidieren.

Der Preiskommissar gegen das Nachtbackverbot

Durch die Tagespresse geht eine Notiz, nach der wichtige Verhandlungen mit den Brotfabrikanten und dem Preiskommissar bevorstehen sollen, um eine Lockerung des Nachtbackverbots insofern herbeizuführen, als gewisse Vorarbeiten, wie das Ansäuern des Brotes vorgenommen werden dürfen. Auch soll die Ausfahrtzeit für Brotfabriken so gelegt werden, daß Weißbrot schon um 7 Uhr in den Verkaufsstellen vorrätig ist. Der Preiskommissar erhofft durch diese Maßnahmen, die nach seiner Meinung keine Aufhebung des Nachtbackverbots bedeuten, sondern nur eine elastischere Anwendung, eine Senkung der Preise des Fabrikbrots und durch die entstehende Konkurrenz eine Verbilligung des Weißgebäcks.

Nach den von uns eingezogenen Erkundigungen, entspricht diese Notiz nicht den Tatsachen. Wir wissen bestimmt, daß auch von seiten der Brotfabrikanten in ihrer großen Mehrheit der Plan auf Zulassung der Nacharbeit, um dadurch eine Senkung des Brotpreises herbeizuführen, nicht mehr beachtet wird. Auch in diesen Kreisen herrscht die Überzeugung vor, daß eine wirksame Senkung des Brotpreises nicht durch die Beseitigung des Nachtbackverbots oder durch eine Vorverlegung des Arbeitsbeginns oder Zulassung der Vorarbeiten erreicht werden kann, wenn gleichzeitig vom Reichs-

minister für Ernährung und Landwirtschaft an der überspannten Zollpolitik für Brotgetreide festgehalten wird. Nur durch eine Senkung der Preise bei dem hauptsächlichsten Rohstoff, dem Getreide, kann eine weitere Preisermäßigung für Brot und Backwaren eintreten.

Wir müssen doch fragen, mit welchem Recht kommt der Preiskommissar dazu, eine Lockerung des Nachtbackverbots herbeizuführen, um nach seiner Meinung eine weitere Senkung der Brotpreise zu ermöglichen. Es ist bestimmt nicht Aufgabe des Preiskommissars, die wenigen bestehenden Rechte im Arbeitsschutz noch weiter zu verhunzen. Wenn er über keine anderen Mittel verfügt, als der Arbeiterschaft ihre sozialen Errungenschaften zu rauben, dann möge er endlich erklären, die ihm gestellten Aufgaben der Preissenkung seien wegen der Aufrechterhaltung der überspannten Zollpolitik undurchführbar. Wir versichern jetzt schon, dem Preiskommissar, daß er unsererseits mit denselben scharfen Widerständen zu rechnen hat, die wir wiederholt in früheren Stadien bei Angriffen gegen das Nachtbackverbot zum Ausdruck brachten.

Bierstreik in Hamburg

Gastwirte gegen Bierpreisabbau.

Während die Berliner Gastwirte sich darauf beschränkten, gegen das Preisabbaudiktat des Preisüberwachungskommissars mit geharnischten Erklärungen vorzugehen, haben sich in Hamburg mehr als die Hälfte der Gastwirte unterschriftlich verpflichtet, auf die angeordnete Bierpreissenkung mit einem Bierstreik zu antworten. Die streikenden Gastwirte stehen unter der Führung der Nazi-Kommunisten, die dabei gern ein Geschäftchen machen wollen. Natürlich haben die republikanisch gesinnten Wirte für diese wilde Sache kein Verständnis, sie sollen daher als Streikbrecher in der Zeitung öffentlich bekanntgemacht werden.

Es ist wohl notwendig, darauf hinzuweisen, daß dieser Streik Unsinn ist. Selbst wenn berücksichtigt wird, daß die Gastwirte durch den Umsatzrückgang bereits stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind, so muß doch erwartet werden, daß auch sie ihren Teil für eine Senkung des Bierpreises und damit zu einer Belebung des Bierabsatzes beitragen. Unter den Gastwirten, die in Hamburg den Streikbeschluß gefaßt haben, wird sich sicherlich eine Anzahl befinden, die ihrem Personal gegenüber von dem durch Notverordnung herbeigeführten Lohnabbau ohne Bedenken Gebrauch gemacht haben. Wer es aber für richtig empfindet, daß die Arbeiterschaft Opfer tragen muß, der darf sich selbst nicht scheuen, Opfer auf sich zu nehmen.

Raubbau im Fischfang

Wir berichteten kürzlich, daß 25 Proz. der deutschen Fischdampferflotte angeblich wegen Mangel an Absatz bzw. Unrentabilität aufliege. Bezeichnend ist, daß die außer Dienst gesetzten Dampfer durchweg Nordseefischdampfer sind. Für die Fischerei in den isländischen Gewässern und in der Barentssee sind die Dampfer nicht geeignet. Sie wurden in einer Zeit gebaut, als die Nordseefischerei noch in hoher Blüte stand und in jeder Hinsicht dem Fischfang eine gute Rentabilität gesichert war. Selbst in den Jahreszeiten, wenn der Seefischabsatz am geringsten war, wurden sie nicht aufgelegt, im Gegensatz zu den Island- und Barentssee Schiffen, die stillgelegt werden mußten, weil sie ihre Ware während der heißen Jahreszeit nicht loswerden konnten.

Heute sind die Rollen vertauscht. Mit Ausnahme der kurzen Heringsfangsaison befinden sich die modernen Fischdampfer außer Betrieb. Ihre Aufgabe war in früheren Zeiten in der Nordsee die Qualitätsfischerei. Erstklassige Schellfische, Kabeljau, Steinbutt, Kleiß, Seezungen und große Schollen bevölkerten einst die Nordsee in großen Mengen. Heute sind sie nahezu aufgerieben. Die besten und ergiebigsten Fischgründe sind total entvölkert. Dort, wo noch in den ersten Nachkriegsjahren die Nordseedampfer in einem Zuge von 5 Stunden Dauer 30 bis 40 Zentner Seefische aller Arten und erstklassigste Qualitätsfische fingen, bekommen sie heute in gleicher Zeit nicht einmal soviel, daß es zu einer Mahlzeit für die Besatzung an Bord ausreicht.

Und die Ursachen der Vernichtung der Nordseefischerei? Von allen an der Nordseefischerei beteiligten Nationen wurde in den Jahren nach dem Kriege ein unerhörter Raubbau an den Fischbeständen getrieben ohne Rücksicht auf die verhängnisvollen Folgen, die unausbleiblich sich nach wenigen Jahren einstellen mußten. Von etwa 1000 Fischdampfern, Deutsche, Engländer, Belgier, Norweger und zum Teil auch Franzosen, wurde tagaus, tagein die Nordsee mit den schweren und fangtechnisch auf das vollkommenste ausgestatteten Grundschleppnetzen befischt. Das Grundschleppnetz közzte den Meeresgrund sehr scharf ab und holte sozusagen alles herauf, was vor seine Maschen geriet. Dabei wurden auch die jungen Fischbestände auf das allerschwerste mitgenommen und gleichzeitig der Nachwuchs vollkommen vernichtet. Die für den

Wochenschau

Folgen des Zollunfuges. — England zahlt Schulden zurück. — Defizit in USA. — Jesuiten verlassen Spanien. — Brüning fordert allgemeine Abrüstung. — Nazis in der Reichswehr. — Politischer Anschlag der Nazis. — Fiasko der Hygiene-Ausstellung Dresden. — Reichstag am 23. Februar. — Neue Schiebungen um Hitler. — Um die Reichspräsidentenwahl.

Infolge Erhöhung des deutschen Butterzolles beschlossen die Spitzenorganisationen der holländischen Landwirtschaft, sich an der diesjährigen Kölner Messe nicht zu beteiligen. Dadurch wird die rheinische und gesamte deutsche Industrie schwer betroffen, denn Holland ist einer der besten Kunden auf der Kölner Messe.

Dem englischen Unterhaus wurde mitgeteilt, daß die Regierung beabsichtige, den im letzten Sommer zur Stützung des Pfundes aufgenommenen Kredit in Höhe von 80 Millionen Sterling im August zurückzahlen.

Der amerikanische Schatzsekretär Mills legte dem wirtschaftspolitischen Ausschuß das revidierte Budget vor, weil der Budgetvorschlag vom Oktober 1931 infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage bereits wieder überholt ist. Obwohl alle Sparmaßnahmen durchgeführt und neue Verbrauchssteuern auf Radio, Telephon, Autos usw. erhoben wurden, bleiben im Voranschlag 455 Millionen Dollar — beinahe 2 Milliarden Reichsmark ungedeckt.

Das Reichswehrministerium hat das Einstellungsverbot der Nazis in die Reichswehr aufgehoben, während Kommunisten nach wie vor nicht eingestellt werden dürfen. Reichswehrminister Groener hat es auch für richtig befunden, das Reichsbanner mit den Boxheimer Hochverrättern gleichzustellen, indem er erklärte, eventuelle Maßnahmen des Reichsbanners zur Polizeihilfsstellung im Falle eines Naziputsches mit allen Machtmitteln des Staates zu begegnen.

Der ans der Veröffentlichung der Boxheimer Nazi-Blutdokumente bekannte Dr. Schäfer wurde in Zwickau hinterhältig von Naziverbrechern angegriffen und schwer verwundet. Jetzt beginnen Nazistrolche bereits die Augenzeugen ihrer Verbrechen auf der Straße „abzukillern“.

Markt unbrauchbaren jungen Fische wurden wieder über Bord geschüttet, sie waren tot und verpesteten als Fischleichen gewaltige Strecken des Meeresgrundes, wodurch sie mit zur Vernichtung der noch lebenden Fische beitrugen. Man bekommt erst einen Begriff, wenn man weiß, daß von den Fischdampfern während einer einzigen Reise von zehntägiger Dauer 80 000 Pfund Jungfische mitgefangen und wieder über Bord geworfen wurden. Außerdem landeten ungeheure Mengen Jungfische in den Jahren 1922 bis 1925 in den holländischen Fischmehlfabriken.

Oft genug wurde gegen diese wahnsinnige Methode angekämpft und viele warnende Stimmen erhoben sich gegen diesen mörderischen Raubbau. Doch der heilige Profit der Reedereien stand über dem Naturgesetz und es wurde solange mit der Vernichtung fortgefahren, bis die Nordsee vollständig ihres Fischreichtums entvölkert war. Heute sehen wir die Folgen. Nicht nur in Deutschland liegen die Fischdampfer auf, auch in Holland, England und anderwärts verrotten sie in den Häfen. Tausende Arbeitskräfte sind erwerbslos, in der Fisch verarbeitenden Industrie herrscht Grabesstille und die profitungrigen Reeder haben die Existenz vieler Tausender von Familien zerschlagen. Viele Jahre werden wieder vergehen, bis sich der Fischfang in der Nordsee verlohnen wird; und wer weiß, ob je wieder die Zeiten wie früher kommen werden.

Seid dem Jungkollegen Führer!

Sicher hatten sich die Hakenkreuzler die „Eroberung der Arbeiterseele“ leichter vorgestellt als sie ist. Die freien Gewerkschaften haben sich den nationalsozialistischen Schutzbündlern des Kapitals gegenüber als unübersteigbares Bollwerk bewährt. Nicht „ausrotten“ wollen heute die Hitlerianer die Gewerkschaften, weil ihnen das als ein zweckloses Unterfangen allmählich einleuchtet, aber „erobern“ wollen sie die Gewerkschaften. Und zwar auf dem Umwege „über die Betriebe“, die mit Hakenkreuzellen versucht werden sollen.

Bei der erwachsenen Arbeiterschaft werden die Apostel der Hakenkreuzlehre damit gehörig abblitzen. Wer wollte denn auch die festgefügteten Trutzburgen der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer gegen die in Rassendunst gehüllten Naziluftschlösser eintauschen?

Um so eifriger aber bearbeiten die Nazis den proletarischen Nachwuchs. Offensichtlich geht ihr Streben dahin, zwischen Jung und Alt in der Klasse der Werktätigen einen Keil zu treiben. Soweit das Jungvolk der Arbeit in den freigewerkschaftlichen Gruppen, in der SAJ. oder in der freien Turn- und Sportbewegung organisiert ist, sind diese Versuche der braunhemdigen Gelben glatte Sisyphusarbeit. Wer einmal in den großen Strom der kämpfenden Arbeiterschaft hineingezogen ist, der bildet ein Teilchen der „Eisernen Front“, an der sich die Handlanger des Scharfmachertums ihre Hohlschädel einrennen werden.

Aber wie steht es um die nichtorganisierte Jugend in den Betrieben? Sie wird von den Nazi-Agitatoren eifrigst umworben. Man drückt ihr Flugschriften in die Hand und ködert sie für diese oder jene Nazi-Versammlung. Wenn der Jugendliche im Elternhause nicht auf das arbeiterfeindliche Treiben der Hitler-Partei aufmerksam gemacht wird, kann leicht der ebenso fanatische wie blöde „Marxisten“koller auf den jungen Menschen übertragen werden. Er wird dann in dem neben ihm arbeitenden älteren freigewerkschaftlichen Kollegen einen „Gegner“ oder „marxistischen Volksschädling“ erblicken. Weil er blindlings glaubt, was die Nazis ihm einblasen, ist bald sein kollegiales Verhältnis zu seinen erwachsenen Arbeitskollegen untergraben. Mißtrauen, Feindschaft und sinnloser Haß auf die Ziele der modernen Arbeiterbewegung greifen in den Hirnen unreifer junger Menschen, deren Selbstgefühl durch die Hitlerianer künstlich hochgekittelt ist, leicht Platz. Vor allen Dingen wird dadurch die Möglichkeit, den Jungkollegen früher oder später zu einem sattelfesten Freigewerkschafter zu machen, stark verbaut.

Kein erwachsener Freigewerkschafter darf diese Gefahren unterschätzen! Mehr als in normalen Zeiten, wo diese „Gelben“ im Betrieb kaum beachtet wurden, müssen wir uns heute der Jungkollegen annehmen. Sie sind unsere vollwertigen Arbeitsbrüder von morgen, und von ihnen hängt dereinst die Entwicklung der freien Gewerkschaften ab. Da muß jede Gelegenheit benutzt werden, über das Denken der jugendlichen Kollegen Klarheit zu schaffen. In den Pausen und auf dem Wege von und zur Arbeit findet immer ein Wort gewerkschaftlicher Aufklärung und Werbung ein aufmerksames Ohr. Machen wir nicht den Fehler, die Jugendlichen als „dumme Jungens“ einzuschätzen, die von den brennenden Zeitfragen „ja doch nichts verstehen“. Die naziotischen „Gelben“ denken genau umgekehrt!

Wer der Jugend in dieser verwirrten Zeit Führer sein will, muß ihr ein Vorbild geben. Stets sind die Freigewerkschafter stolz darauf gewesen, daß in ihren Reihen die Tüchtigsten ihres Berufes organisiert waren. Auch auf die Jungkollegen, bei denen arbeiterfeindliche Hetzversuche gemacht werden, wirkt es am überzeugendsten, wenn der Freigewerkschafter, der ihn zu einer vernunftgemäßen

Betrachtung der Dinge anleitet, in seiner Arbeit eine vorbildliche Persönlichkeit ist. Wer den jungen Menschen beruflich Wertvolles lehren kann, der hat damit den Schlüssel zum Denken und Fühlen des Jungkollegen in der Hand. Ohne äußere Zwangsmittel verschafft sich so der erwachsene Freigewerkschafter bei der Jugend im Betrieb Autorität. Sein Wort gilt was und die Jugend weiß, daß bei einem geschulten freigewerkschaftlichen Mitkämpfer hinter dem Wort die Tat steht zum Wohle des werktätigen Volkes.

Die proletarische Jugend in den Betrieben soll nicht die Beute abenteuerner und verantwortungsloser Hakenkreuzler werden. Dafür werden die erwachsenen Freigewerkschafter in den Betrieben sorgen! Ha.

40 Jahre Treue zum Verband



Georg Lamm
Brauer, Hannover
Eingetr. 6. 2. 1889, jetzt Invalide

Karl Höfer
Böttcher, Hannover
Eingetr. 1. 5. 1886, jetzt Invalide

Albert Burich
Brauer, Hannover
Eingetreten 1. 11. 1891



Hermann Maibohm
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 1. 12. 1886

Gustav Lefevre
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 1. 8. 1886

Carl Hennig
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 8. 9. 1889

Schuster, bleib bei deinen Leisten!

Goerdeler will die Arbeitslosenversicherung abbauen.

Der Preiskommissar ist von dem bisher unwirksamen Preisabbau, den er nur „kommissarisch überwacht“, zum Abbau der Arbeitslosenversicherung hinübergewechselt. Alle Achtung vor dem unbeugsamen Arbeitseifer. Wäre es aber nicht entschieden vernünftiger, jetzt erst einmal den Preisabbau durchzuführen und zwar so, daß er wirklich eine fühlbare Entlastung des Verbrauchers bringt? Vorläufig ist der Abbau der Arbeitslosenversicherung eine Forderung der Schwerindustrie, und daß sich jetzt Goerdeler ebenfalls dieser Forderung annimmt, ist ein starkes Stück.

Auf einer Tagung der Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes trat er für eine grundlegende Aenderung des Arbeitslosenschutzes ein. Nach seiner Meinung müßten die verhängnisvoll steigenden Wohlfahrtslasten und die rückläufigen Steuereingänge eine Reform der Arbeitslosenfürsorge bedingen. Es sei unmöglich 1932 eine weitere Milliarde Mark für diese Zwecke aufzuwenden, deshalb müßten die drei Zweige der Arbeitslosenversicherung zusammengelegt werden, und zwar in der Arbeitslosenfürsorge. Goerdelers Plan läuft also darauf hinaus, daß an Stelle der Arbeitslosenunterstützung die Sätze der Wohlfahrtsfürsorge treten und eine scharfe Prüfung der Bedürftigkeit eintritt. Später sollen die Gewerkschaften die Arbeitslosenfürsorge ausüben und die Entlastung des Arbeits-

marktes durch eine staatliche Arbeitsdienstpflicht, wobei die freiwillige Arbeitsdienstpflicht abgelöst wird, erreicht werden. Mit seinen „Reformplänen“ will Goerdeler die Arbeitslosen auf die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung herabdrücken. So kann nur jemand experimentieren, der von den Dingen keine Ahnung hat. Heute werden alle Verhältnisse der Arbeitslosen und aller jenen, die der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung überwiesen sind, mit einem nicht zu überbietenden Eifer durchschnüffelt, und jeder, der Unterstützung beziehen will, muß sich gefallen lassen, daß ihm jeder Groschen nachgerechnet wird.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum von Goerdeler, wenn er glaubt, daß jeder, der Unterstützung empfängt, aber noch nicht der Wohlfahrtsunterstützung angehört, nicht „bedürftig“ sei. Das Elend der Arbeitslosen ist nachgerade groß genug und viele von ihnen leben nicht mehr, sondern vegetieren nur, weil bei ihnen der Hunger ständiger Gast ist. Ueberdies scheint Goerdeler auch nicht zu wissen, daß unter der Devise „Sparsamkeit“ durch die Notverordnung die Sätze der Krisenfürsorge beträchtlich abgebaut wurden und dort, wo ein arbeitsloses Familienmitglied in der Familie ist, eine Aufrechnung des Verdienstes der anderen stattfindet. Mit seinen „Reformplänen“ ist Goerdeler ins Lager der Schwerindustriellen und Scharfmacher übergeschwenkt, statt endlich wirksamen Preisabbau durchzuführen. Er soll lieber da einmal gründlich durchgreifen, als sich um Dinge zu kümmern, die ihn nichts angehen!

Getreide und Mülenerzeugnisse im deutschen Aussenhandel

Starker Rückgang der Weizeneinfuhr.

Die Ein- und Ausfuhr von Getreide und Mülenerzeugnisse im Jahre 1931 unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der des Jahres 1930. Insbesondere trifft dies auf Weizen zu, der bei der Ein- und Ausfuhr dieser Warenkategorie die gewichtigste Rolle spielt. 1931 wurden nur 7,97 Millionen Doppelzentner Weizen eingeführt. Das sind 4 Millionen Doppelzentner weniger als im vorhergehenden Jahre. Hingegen hat sich die Ausfuhr von Weizen von 224 000 Doppelzentner auf 2,88 Millionen Doppelzentner, also um mehr als das Zehnfache erhöht. Die Ursache dieser starken Verschiebung im Weizenhandel ist neben der überall in Erscheinung tretenden Zollpolitik in erster Linie in der im Jahre 1931 um 5,5 Millionen Doppelzentner höheren deutschen Weizenernte zu suchen.

Auch im Roggenhandel haben sich außerordentlich starke Verschiebungen ergeben. Die Roggeneinfuhr hat sich von 590 000 Doppelzentner auf rund eine Million Doppelzentner erhöht. Die Ausfuhr dagegen sank von 2,4 Millionen auf 849 000 Doppelzentner. Die Erhöhung der Einfuhr bei gleichzeitiger Verringerung der Ausfuhr ist teils auf den schlechten Ausfall der Roggenernte, die seit 4 Jahren ständig zurückgeht, sowie auf den gestiegenen Roggenverbrauch zurückzuführen, der die Folge der starken Verfütterung von Roggen ist.

Bei Gerste — es handelt sich hauptsächlich um Futtergerste — ist der Einfuhrückgang noch stärker als bei den Brotgetreidearten. 1931 wurden 6,71 Millionen Doppelzentner und im vorhergehenden Jahre 13,59 Millionen Doppelzentner eingeführt. Der Rückgang der Futtergersteneinfuhr beträgt mithin mehr als 50 Proz. Unter ihr leidet insbesondere die Schweinezucht im Nordwesten des Reiches.

Auch die Ein- und Ausfuhr von Mülenerzeugnissen hat sich gegenüber dem Vorjahr erheblich verschoben. So ist die Einfuhr von Weizenmehl um mehr als die Hälfte auf 107 000 Doppelzentner gesunken. Die Ausfuhr von Weizenmehl ist ebenfalls auf ein Minimum gesunken. Sie belief sich auf nur 220 000 Doppelzentner gegenüber 294 000 Doppelzentner im Jahre vorher. Die Einfuhr von Roggenmehl, die fast bedeutungslos ist, hat sich von 527 Doppelzentner auf 2000 erhöht, während die Ausfuhr von 280 000 auf 127 000 Doppelzentner zurückgegangen ist.

Bemerkenswert ist, daß die Einfuhr von Kleie von 3,85 Millionen auf 183 000 Doppelzentner und die Ausfuhr von Kleie von 363 000 auf 57 000 Doppelzentner zurückgegangen ist. Erfreulich für den inländischen Arbeitsmarkt ist die wenn auch geringe Steigerung der Ausfuhr von Graupen, Gries und Grütze, der allerdings eine noch wesentlich stärker gestiegene Einfuhr dieser Produkte gegenübersteht. Die Ausfuhr von poliertem Reis ist um 100 000 auf 622 000 Doppelzentner gesunken. Noch stärker ist die Ausfuhr von Haferflocken und Getreideschrot zurückgegangen.

Wie die Getreidehandelszahlen erkennen lassen, ist die systematisch durchgeführte Zollpolitik gegen die Getreideeinfuhr nicht ohne Erfolg geblieben. Sie zeigen aber auch, daß mit der der deutschen Landwirtschaft zuliebe vorgenommenen Absperrung vom Weltmarkt die Gefahr verbunden ist, daß sich das Ausland gegenüber deutschen Mülenerzeugnissen ebenso verhält. Die Folge ist erhöhte Arbeitslosigkeit und damit weitere Verelendung der Arbeiterschaft, die bei weitem stärker ist als die Not der Landwirtschaft.

An alle!

Die anhaltende und immer schlechter werdende wirtschaftliche Lage macht viele Kollegen mutlos. Denn nichts zermürt den Menschen mehr als eine langandauernde Arbeitslosigkeit. Aber trotz alledem darf keiner gleichgültig oder wankelmütig werden. Wer nur in guten Zeiten seiner Gewerkschaft die Treue hält, war nie ein überzeugter Gewerkschafter. Vor allem ist es Pflicht eines jeden Kollegen, seiner Gewerkschaft stets mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Auch muß sich ein jeder Gewerkschafter zur Aufgabe machen, sämtliche Versammlungen seiner Ortsgruppe zu besuchen. Denn je stärker der Versammlungsbesuch, desto größer der Erfolg. Beweisen wir gerade dadurch doch den Gegnern am besten unsere Stärke und unsern Kampfeswillen. Aber leider herrscht im allgemeinen Versammlungsleben unter den Mitgliedern eine große Müdigkeit. Es ist sehr falsch, wenn ein Kollege oder eine Kollegin denkt: „Es geht auch ohne mich!“ Weiß doch ein jeder, daß die gutbesuchten Versammlungen viel bessere und freudigere Arbeit leisten als die schlecht besuchten. Vor allem ist es für die Arbeitsfreudigkeit der Ortsverwaltung von sehr großer Bedeutung, wenn sie sieht, daß die Anteilnahme allgemein ist. Es liegt aber auch im eigenen Interesse jedes Verbandsmitgliedes, an den Aufgaben seiner Ortsgruppe teilzunehmen. Wer nur seine Beiträge zahlt, sich aber um gar nichts weiter kümmert, der steht nur halb bei uns. Auch wer nur notgedrungen zu Versammlungen kommt und weiter gar nicht bei der Sache ist, sondern immer denkt, „hoffentlich ist bald Schluß“, ist ein Bleiklotz innerhalb unserer Gewerkschaftsbewegung. Mag ein Kollege noch so zuverlässig sein, kommt er aber nicht zur Versammlung, fehlt er stets bei der Beratung und Beschlusfassung. Und das ist oft sehr bedauerlich. Ganz besonders günstig wirkt auch eine gute Versammlungsteilnahme nach außen. Denn gerade dadurch werden viele abseitsstehende und gleichgültige Kollegen aufgerüttelt. Deshalb ergeht auch an alle Mitglieder der dringende Appell: „Besucht regelmäßig die Versammlung!“

Sehr bedeutungsvoll ist für uns auch die geistige Nahrung, denn Wissen ist Macht. Darum sollte auch ein jeder der Gewerkschaftszeitung volle Beachtung schenken. Leistet doch gerade unser Verband auf diesem Gebiete sehr Beachtliches. Neben der reichhaltigen Verbandszeitung erscheinen noch die wertvollen Fachzeitschriften. Aber auch hier gibt es noch sehr viele in unseren Reihen, die diese gar nicht zu würdigen wissen. Und das ist für unsere gerechte Sache schädlich. Darum schenket alle euren Zeitungen mehr Beachtung. Vor allem muß alles gründlich gelesen werden. Dann sind wir auch stets in der Lage, unseren Gegnern erfolgreich entgegenzutreten. Sind nun erst unsere Zeitungen und Versammlungen Gemeingut eines jeden einzelnen, dann haben wir für unsere Gewerkschaft sehr viel gewonnen!
H. Erbe.

Notverordnung und Innungskrankenkassen

Auf die durch die Notverordnungen eingetretenen Änderungen in der Krankenversicherung ist an dieser Stelle schon genügend eingegangen, auch dürften die Auswirkungen der Neuerungen schon hinlänglich bekannt sein. Die Notverordnungen haben jedoch nicht nur direkte Änderungen und Verschlechterungen gebracht, manche der neuen Bestimmungen wirken sich auch noch indirekt zum Schaden für die Krankenversicherung, beziehungsweise für die Versicherten aus. Mit einer dieser

indirekten Auswirkungen soll sich in den nächsten Zeilen einmal kurz beschäftigt werden.

Die letzte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat die Leistungen sämtlicher Krankenkassen ganz schematisch auf die gesetzlichen Mindest- oder Regelleistungen herabgedrückt. Eine Wiedereinführung von Mehrleistungen ist nur unter erschwerenden Umständen möglich. Sie wird in der Praxis stets daran scheitern, daß der Beitragssatz nicht höher als 5 Proz. des Grundlohnes sein darf, da sonst die Genehmigung zur Gewährung von Mehrleistungen versagt wird. Diese Neuerung trifft besonders die größeren Krankenkassen, die mit der Gewährung von Mehrleistungen stets bahnbrechend gewesen sind und die bei ihr versicherten Arbeitnehmer. Da diese Bestimmung für alle Krankenkassen gilt, so müssen auch die Innungskrankenkassen ihre Mehrleistungen abbauen. Die Folge ist die, daß in Zukunft die Leistungen sämtlicher Krankenkassen — von ganz geringfügigen Ausnahmen abgesehen — vollkommen gleichmäßig sein werden und sein müssen. Diese Folge kann für die Freunde der

Innungskrankenkassen hindert auch die Tatsache nicht, daß durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 für die Innungskrankenkassen eine Mindestmitgliederzahl von 150 vorgeschrieben ist.

Die Arbeitnehmer sind rechtzeitig auf die drohende Möglichkeit der Errichtung neuer Innungskrankenkassen hinzuweisen und auf diese Gefahren aufmerksam zu machen.
Kl—s,

Hitler und die deutsche Sprache

Die Geistlosigkeit der Nazibewegung.

Hitler ist ein Ausländer. Er stammt aus Oesterreich. Bei der nur dem deutschen Volke eigenen Sympathie für alles Ausländische ist es nicht verwunderlich, daß dieser Scharlatan in Deutschland Führer einer politischen Partei werden konnte. Mit der deutschen Sprache steht Hitler auf dem Kriegsfuß. Wer daran zweifelt, soll sein Buch „Mein Kampf“ lesen. Dort sind folgende Stilblüten zu finden:

„Die harte Faust des Schicksals, die mir das Auge öffnete...“

„Dieses (journalistische) Pack fabriziert zu mehr als zwei Dritteln die öffentliche Meinung, deren Schaum dann die parlamentarische Aphrodite entsteigt.“

„Die Flagge des Reiches war aus dem Schoße des Krieges geboren worden.“

„Die Grundlage, auf der die Partei steht, ist der Schildarm des deutschen Volkes.“

Dieser blühende Unsinn wäre zu entschuldigen, wenn er in hitziger Redeschlacht ohne Ueberlegung gesprochen worden wäre. Wenn er aber in einem Buche geschrieben steht, dessen Inhalt der Nazi-partei als Richtschnur dienen soll, dann ist dieser Unsinn nur ein Beweis mehr dafür, mit wie wenig Geist und Verstand die Hitler-Partei geleitet wird.

Bei dieser Gelegenheit verdient festgehalten zu werden, daß das Naziblatt in Berlin für Unsinn ähnlicher Art ebenfalls stark empfänglich ist. In einer Nummer, die zwischen Weihnachten und Neujahr erschien, heißt es wörtlich: „Ein Heer ohne Waffen ist wie ein Kind ohne Kopf; zeitlebens ein Krüppel.“ Ohne Kopf und damit ohne Geist zu leben, dürfte nur den Führern der Nazipartei möglich sein.

Schade ist, daß Lächerlichkeit nicht tötet, sonst würde die Nazipartei heute ohne Führer dastehen. Notwendig ist es deshalb, in die weitesten Kreise des Volkes Aufklärung hineinzutragen und den Ungeist der Hitler-Partei ins rechte Licht zu rücken. Dazu ist die Broschüre „Das Selbstporträt Hitlers“, die im Dietz-Verlag, Berlin, erschienen ist, und der wir obenstehende Stilblüten entnommen haben, vorzüglich geeignet.

„Menschenfreunde“



Brünning'sche Löhne ...

Innungskrankenkassen erfreulich sein. Es wird den Innungen durch diese Gleichmacherei der Leistungen leicht gemacht, neue Innungskrankenkassen ins Leben zu rufen. Die im Gesetz vorgeschriebene Voraussetzung, daß eine Innungskrankenkasse nur dann errichtet werden darf, beziehungsweise von den maßgebenden Stellen genehmigt werden wird, wenn sie mit ihren Leistungen denen der maßgebenden Krankenkasse (meist Ortskrankenkasse) mindestens gleichwertig ist, ist wohl theoretisch noch vorhanden, sie ist jedoch praktisch aufgehoben. Die maßgebende Kasse darf ja auch keine höheren Leistungen gewähren als nur die Mindestleistungen. Will sie dies trotzdem tun, so hindert sie der vorgeschriebene niedere Beitragssatz. Die neue Innungskrankenkasse braucht sich deshalb mit ihrer Leistungsgewährung überhaupt nicht anzustrengen. An dieser leichteren Möglichkeit der Gründung neuer

Notruf des Konditorenbundes

Der Fachpresse des deutschen Konditorgewerbes, insbesondere dem amtlichen Fachblatt, der „Konditorei“, scheint es schlecht zu gehen. Geschäftsstelle und Bundesvorstand richten in Nr. 9 dieser Zeitung einen Appell an die interessierte Geschäftswelt, mehr als bisher aus der Reserve herauszutreten und zu helfen. Die bisher immer reichhaltig vorhandene Zahl von Geschäftsinseraten ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft und damit die größte Einnahmequelle verstopft. Auch der in dieser Zeitung erscheinende Stellenmarkt leidet merklich unter den wirtschaftlichen Verhältnissen. Sobald Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften sich auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr die Waage halten, entstehen Zweifel an dem Erfolg der Arbeitsnachfrage oder des Arbeitsangebots. Seit Jahren überwiegt die Arbeitsnachfrage das Stellenangebot. Besonders macht sich diese Entwicklung für das Konditorgewerbe in der krasssten Form bemerkbar. Alle

Ochsennzüge

Fastnachts- und Pfingstochsen

Noch bis in die neuere Zeit hinein reicht in Deutschland die Sitte, wenn ein Fleischer, namentlich zum Pfingstfest, ein vorzüglich schönes Rindvieh erhalten hat, er dieses durch die Stadt führen läßt, um zu zeigen, welch angesuchtes Vieh er schlachte. Haupt-sächlich aber findet dies bei Tieraussstellungen statt, auf denen von einem Fleischer der beste Mastochse gekauft und dann bekränzt durch den Ort zur Schlachtbank geführt wird. Auch heute noch werden auf der Münchener Oktoberwiese die fettesten und besten Tiere, die zur Schlachtung kommen sollen, dem Publikum vorgeführt. In der östlichen Schweiz, namentlich in St. Gallen, werden an den Tagen vor dem Osterfeste Fleischausstellungen veranstaltet. Jeder Fleischer bemüht sich hierbei, die größten und schwersten Kälber zu schlachten und die fettesten Ochsen in geschlachtetem Zustande zu zeigen. Da ist es nichts Seltenes, daß gemästete Kälber von 300 Pfund vorkommen, und früher soll es stark Sitte unter den Metzgern St. Gallens gewesen sein, vor dem Osterschlachten um oft recht hohe Geldsummen untereinander zu wetten, wer das schwerste Stück zum Ansehen bringe.

Ein verwandtes Verfahren findet in manchen Städten der Niederlande statt, wo am Freitag und Sonnabend der Fleischerladen aufgeputzt wird, als wenn Weihnachten vor der Tür wäre. Da hängen in den Fleischerläden ganze ausgeschlachtete Schweine, Hammel, Kälber usw., über und über mit vergoldeten Tanneareisern besteckt, in Parade nebeneinander, daß es eine wahre Freude ist, diese Läden auch nur anzusehen.

In den kleineren Städten Deutschlands war es noch im vorigen Jahrhundert üblich und Sitte, daß ein Jungmeister bzw. ein Geselle, der sein Meisterstück ablegte, einen schön geputzten Ochsen in der Stadt umherführen lassen mußte, während er selbst nebst den übrigen Gesellen mit weißer Schürze und blankem Beil dem Schlachtopfer folgte.

Ein wahres Volksfest war in Paris der Umzug des großen Fastnachtsochsen in den vergangenen Zeiten. Auch heute noch wird in einzelnen Vorstädten und Außenbezirken der Seinestadt der Umzug des Fastnachtsochsen von dem oder jenem Fleischer mit behördlicher Genehmigung entriert und zu einer Fastnachtsbelustigung gestempelt, die den Unternehmern meistens recht erkleckliche Einnahmen bringt. Es ist noch kaum ein Zeitraum von 75 Jahren verflossen, als am Sonntag vor Fastnacht ganz Paris auf den Beinen war, um den Umzug des großen

Ochsens anzusehen. Denn der große Ochse, boeuf grand, lockte an diesem Tage Hunderttausende von Neugierigen herbei. In prachtvollem Triumphzuge mit theatralischem Pomp hielt er seinen Umzug durch die Weltstadt und jeder frug am Abend den anderen, ob er auch den großen Ochsen gesehen habe. Dies zu verneinen, wäre zu dieser Zeit in Paris nahezu einer Majestätsbeleidigung gleich gewesen.

Wohl war diese Zeremonie wegen ihres außerordentlichen Aufwandes geeignet, die allgemeine Aufmerksamkeit eines Tages der Weltstadtbevölkerung auf sich zu ziehen. Unter unermeßlichem Jubel des Volkes, das sich bereits in der schönsten Fastnachtsstimmung befand, zog die tolle Fastnachts-gesellschaft aus, an der Spitze ein kostümiertes Musikkorps, das fortwährend die neuesten Schlager und Märsche zum besten gab. Vor dem Musikkorps marschierte einsam zwei Herolde in scharlachrot-weißgestreiften enganliegenden Kleidern mit römischen Helmen auf dem Kopfe. Das Musikkorps erschien lange Zeit hindurch in der reichen Tracht aus der Zeit Ludwigs XIV. mit Allongeperücken und schwer gestickten Röcken. Seit der Zeit der Februarrevolution war aber diese Tracht verschwunden und hatte einer moderneren, aber nicht minder prächtigen Uniform Platz gemacht. Dem Musikkorps folgte die Garde française zu Pferde in der Uniform früherer

Fachzeitingen legen hierfür Zeugnis ab. So hat Nr. 9 der „Konditorei“ neben 8 Stellenangeboten 67 Stellengesuche zu verzeichnen. Die Trierer „Konditor-Zeitung“ (Grüne Tante) in Nr. 17 bringt sechs Stellenangebote und 51 Stellengesuche. In diesen wenigen Zahlen spiegelt sich die Not der Zeit, insbesondere bei den arbeitssuchenden Gehilfen, Lehrlingen, Verkäuferinnen usw., im Konditorgewerbe wider. Hoffnungslosigkeit greift Platz, wenn diese Menschen auf ihre Stellengesuche keine Antwort bekommen, ja, sehr oft nicht einmal bei Bewerbungen das beigelegte Rückporto nebst Zeugnis zurück erhalten. Auch hier geht das Vertrauen in Ermangelung jeden Erfolges zu der Inseratenplantage der Fachblätter verloren.

Wenn aber der Deutsche Konditorenbund in seinem Aufruf darauf hinweist, daß Arbeit Brot schafft und jeder, der dazu beiträgt, auch in seelischer Hinsicht seine Pflicht erfüllt, so darf er dabei die Lohn- und Gehaltsfrage der Arbeiter und Angestellten nicht vergessen. Der Lohn oder das Gehalt der Arbeitnehmer ist auf den tiefsten Stand gesunken. Die Kaufkraft jedes einzelnen ist auf ein Minimum herabgedrückt. Das Geld als Blut in den Adern des Wirtschaftskörpers ist versiegt. Die Parole Lohnabbau der Unternehmer zeigt bereits ihre ungewollten Wirkungen und zwingt insbesondere das Handwerk zum Nachdenken über den verkehrte eingeschlagenen Weg der Wirtschaftspolitik. Der Konditorenbund müßte sich sagen, daß man nur so lange Wasser aus einem Brunnen holen kann, solange die Quellen nicht versiegt sind. Durch die Lohnabbaupolitik werden aber die Brunnen trocken gelegt.

Auch die Geschäftsleute, die bisher dem Inseratenmarkt der Innungszeitungen die notwendigen Mittel zuführten, können nicht mehr, da die Umsätze infolge der geringen Kaufkraft der breiten Massen immer mehr zusammenschumpfen. Die große Walze, das Gespenst der Arbeitslosigkeit, die bereits über 6 Millionen Arbeiter und Angestellte durch kurz-sichtige wirtschaftliche Maßnahmen zu Boden gestampft hat, nähert sich bereits den Kreisen, die glaubten, ihr Heil im Lohnabbau zu finden. Die ersten Zeichen machen sich bereits bemerkbar. Der Notruf des Konditorenbundes und die Ursachen, aus denen sich dieser Aufruf ergab, sollten besonders dem Konditorhandwerk zu denken geben. Der Wahlspruch, daß Arbeit Brot schafft, kommt in verstärktem Maße für die Konditoreien in Betracht. Tausende von Konditorgehilfen warten auf Arbeit. Nicht Lohnherabsetzung fördert den wirtschaftlichen Aufbau, sondern er führt immer mehr zur Katastrophe. Das Handwerk wird letzten Endes nicht davon verschont bleiben. Hoffentlich kommt die Erkenntnis nicht zu spät.

Kampf der Lehrlingszüchtere

Die Lehrlingsfrage spielt seit jeher in den Reihen der Handwerker und ihrer Innungen eine große Rolle. Die alten Zunftmeister wußten ganz gut, daß Lehrlingszüchtere eine große Konkurrenz bringt. Deshalb waren in den Zünften scharfe Verordnungen in bezug auf die Lehrlingshaltungen erlassen worden. Heute im Zeitalter der Handwerksretterei sind Betriebe mit 3 bis 4 Lehrlingen zahlreich vorhanden. Unsere Organisation ist seit Jahren bestrebt, die Zahl der Lehrlinge auf ein vernünftiges Maß einzuschränken und hat die Lehrlingszüchtere mit Erfolg bekämpft.

Alle 3 bis 4 Jahre wird der Gehilfenstand durch Neuausgelernte vollständig ersetzt. Nach Tausenden werden Gehilfen im Gewerbe überflüssig und dauernd zur Arbeitslosigkeit verdammt. Würden die Unternehmer auch nur über ein Fünkchen sozial-politisches Verständnis verfügen, und nicht nur dem Grundsatz huldigen „Nach uns die Sintflut“, so

würden sie sich dazu bequemen müssen, uns die Hand zu reichen zu gemeinsamem Vorgehen gegen die ungeheueren Auswüchse der Lehrlingszüchtere. Jedoch das zu erhoffen, wagt kein Mensch und am allerwenigsten wir, die schon zu oft Gelegenheit hatten, die verbohrt, verknöcherte Anschauungsweise der Innungsfanatiker in ähnlichen Fragen kennenzulernen. Unsere Kollegen, die den Wert der Organisation erkannt haben, müssen dieses Uebel mit den Wurzeln ausrotten. In diesen Kreisen ist Aufklärung zu schaffen, woher die jungen Leute kommen. Eine Lebensfrage für uns und von so eminenter Bedeutung, der wir unter allen Umständen die richtige Würdigung zuteil werden lassen müssen. Kein Verbandsmitglied darf die Pflicht versäumen, soweit er mit Lehrlingen zusammenarbeitet oder im persönlichen Verkehr steht, Aufklärung in dieser Weise zu schaffen. Jedes einzelne Mitglied ist verpflichtet, in seinem ureigensten Interesse sowohl als auch im Interesse des eigenen Berufes, mit allen ihm zu Gebote stehenden

naturgemäß zu einer ganz unerträglichen Lage sowohl für die in ihrer Kaufkraft so stark geschwächte Bevölkerung als auch für die Bäckereien führen, weil diese trotz der Erhöhung des Roggen- und Mehlpriees eine Erhöhung des Brotpriees nicht vornehmen dürfen. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat den Bäckereien wiederholt zugesagt, daß er sich entschieden für eine Senkung der Roggen- und Roggenmehlpriees einsetzen werde; wie wenig Erfolg er hierin beim Reichsernährungsminister Schiele hat, das ist allen zu Genüge bekannt. Die Preisentwicklung gestaltete sich an den Brotgetreidemärkten in den einzelnen Monatsdritteln des Januar wie folgt:

Jan. 1932	Ausland		Inland		Berliner	
	Weizen (Manitoba II)	Roggen ab West.	Weizen ab märk. Station (Berliner)	Roggen Station	Weizenmehl per 100 kg.	Roggenmehl per 100 kg.
2.—10.	287,—	227,50	221,—	190,—	30,75	28,25
11.—20.	287,—	226,—	227,—	197,—	31,—	29,—
21.—30.	288,—	230,50	233,—	197,—	32,—	29,25

Auch nach unserer monatlichen Statistik hat sich der durchschnittliche Preis für 1 Doppelzentner Roggenmehl von 31,13 Mk. am 1. Januar auf 31,71 Mark am 1. Februar erhöht. In einigen Orten hat sich demgemäß auch der Brotpreis erhöht; in anderen Orten dagegen, insbesondere im Rheinland (mit Ausnahme von Aachen), ist eine Senkung der früheren Preise eingetreten. Es betrug der Durchschnittspreis für 1 kg Roggenbrot am 1. Januar 39,1 Pf., am 1. Februar 38,5 Pf. Wir verweisen auf nachstehende Tabelle:

Ort	Preis für 1 kg. Roggenbrot (Mischbrot)		Preis für 1 Weizenbrot (Semmel)		Gewicht des Weizenbrotchens g
	1 dz. Roggenmehl Mk.	1 kg. Roggenbrot (Mischbrot) Pf.	1 dz. Weizenmehl Mk.	1 Weizenbrotchen (Semmel) Pf.	
Königsberg i. Pr.	29,50	36	35,50	2	40
Breslau	29,75	36	33,—	4	66
Görlitz	32,—	33,5	33,50	2,5	35
Gleiwitz	29,90	35	32,80	5	65
Ratibor	30,—	36	33,50	5	75
Berlin	29,25	32—36	32,50	2,5	29
Hamburg	32,25	37	42,75	2,5	28
Bremen	32,—	41	40,25	2,5	28
Magdeburg	28,50	36	38,—	5	60
Hannover	31,—	34	38,—	2,5	29,5
Leipzig	33,—	35	37,—	4	50
Halle	31,50	36	38,—	3	36
Chemnitz	33,—	38	39,—	4	42
Dresden	32,60	37	38,10	4	44
Erfurt	32,50	35	38,—	3	38
Nürnberg	34,40	40	39,65	4	44
Landshut	33,—	44	42,—	3	35
Würzburg	32,75	40	39,—	5	50
Stuttgart	31,—	38	39,—	4	50
Mannheim	31,75	37,3	35,90	4	40
Freiburg i. Br.	35,50	44	39,50	4	40
Frankfurt a. M.	31,—	39	37,—	4	40
Kassel	31,—	35	37,—	3	35
Düsseldorf	32,50	40	39,50	2,5	30—35
Köln	30,—	42	34,—	3	35
Aachen	30,50	53	34,25	3	38—40
Krefeld	33,—	40	41,—	3	35
Wuppertal	31,50	40	38,—	3	40—50
Essen	35,—	41,5	40,—	2,5	32
Danzig	22,50	40	23,50	3	45

1) Durchschnittspreis 2) Feinbrot

„Menschenfreunde“



und Schielesche Zölle

Mitteln dafür zu sorgen, den Lehrling seiner Berufsorganisation zuzuführen. Geschieht dies in recht umfangreichem Maße, werden alle für die Organisation günstigen Chancen ausgenutzt, so wird und muß uns dieses schwierige Arbeitsfeld ein weiteres Stück vorwärtsbringen auf der Bahn zur Erringung besser Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Hans Hechtel, Nürnberg.

Mehl- und Brotpreise am 1. Februar

Am deutschen Brotgetreidemarkt herrschte im Januar eine stark steigende Tendenz. Das Angebot blieb nach wie vor gering. Die Preise für Weizen lagen am Ende des Monats um etwa 12 Mk., bei Roggen um rund 7 Mk. per Tonne höher als am Anfang des Monats. Die erhebliche Steigerung der Getreidepreise, die auch im Februar anhält, muß

folgte nun in einem vierspännigen Triumphwagen dem Fastnachtsochsen als Amor angetan und führte, anstatt der früheren Kroninsignien, die klassischen Attribute des Liebesgottes: Binde, Bogen, Köcher und Brandfackel. Bei ihm im Wagen, entsprechend groß und schön herausgeputzt, war der halbe Olymp anzutreffen.

Der Zug bewegte sich nach der Deputiertenkammer und vor die Hotels anderer hochstehender Personen, und was am Sonntag nicht abgemacht werden konnte, das wurde am Fastnachtdienstag vollendet, wo der große Ochse abermals seinen Umzug hielt. Dann gönnte man ihm einige Ruhetage nach diesen forcierten Märschen — es waren immerhin einige fünfzehn Kilometer —, um ihn endlich zur Schlachtbank gelangen zu lassen. Man erzählt, daß früher, mochte kommen, wer da wollte, und wenn es des Königs Equipage gewesen wäre, habe warten müssen, bis der Zug vorüber war.

Diese Sitte des Umzuges rührte aus den ältesten Zeiten her, doch hat sich der Ursprung derselben nicht feststellen lassen. Er erinnert auch an jene mittelalterlichen großartigen Feste, bei denen auf offenem Markte Ochsen am Spieße gebraten wurden und vorher diese Tiere im Triumph mit Zinken- und Trompetenschall durch die Straßen der Stadt geführt wurden.

Handwerk hat goldenen Boden

Eine unzeitgemäße Phrase.

Es lohnt sich, einmal den Wahlspruch „Handwerk hat goldenen Boden“ auf seine heutige Daseinsberechtigung zu untersuchen. Er ist entstanden zu jener Zeit, als die Ausübung eines selbständigen Gewerbes gleichbedeutend war mit einem verbürgten Wohlstand, wo gleichzeitig dem „Handwerksmeister“ die Chance geboten war, erst dann als vollwertiger Bürger zu gelten, wenn er die Meisterwürde besaß. Das war das Privileg jedes von Hause aus Begüterten und ist es heute noch. Jene armen Teufel, die aber nie etwas besaßen und besitzen werden, konnten vom „goldenen Boden des Handwerks“ nichts profitieren. Ihnen blieb nur, was sie durch ihrer Hände Arbeit verdienten und oft war es so gering, daß es einem Trinkgeld gleichkam.

Erst die gewerkschaftliche Organisation schaffte hier Wandel und noch immer reicht der Lohn nicht zum Selbständigwerden. Industrialisierung und fortschreitende Technik taten ihr übriges, den Traum des späteren Selbständigwerdens immer mehr zu nichts zu machen. Das Wort „Handwerk hat goldenen Boden“ ist deshalb nicht nur unzeitgemäß, sondern hat auch jede Berechtigung verloren. Nicht nur, daß das Handwerk nicht einmal mehr seine Gesellen, die ein Recht auf Arbeit haben, ernähren kann, denn es gibt Tausende und aber Tausende von Handwerksge-sellen, die sich nur auf ihre Lehrzeit berufen können, ohne jemals im „Handwerk“ gearbeitet zu haben, es beginnen die Meister sich starke Konkurrenz zu machen und möchten sich am liebsten gegenseitig auffressen.

Ein Blick in die Inseratenplantage der Unter-nehmerpresse zeigt die trostlose Lage unserer Hand-werkskollegen auf. Da werden Gesellen, aber keine

Zeiten mit weißen, blauen und andersfarbigen Mänteln, dreieckigen Hüten. Hinter der Garde kam, in der Regel stolz und glückstrahlend, aber in einfacher bürgerlicher Kleidung, jener beneidenswerte Metzgermeister, dem der Wunderochse gehörte. Man sah es ihm an, daß er sich nicht wenig auf die Ehre zugute tat, der Mann des Tages zu sein, nach dessen Namen allenthalben in Paris an diesem Abend gefragt wurde, der den vornehmsten Familien von seinem fetten Ochsen Leckerbissen für ihre Tafel am kommenden Sonntag nach Fastnacht liefern würde.

Unmittelbar vor dem Ochsen gingen drei starke Männer in weißen, mit roten Streifen besetzten Mänteln, mit bloßen Beinen und Lorbeerkränzen auf dem Kopf. Einer trug die unheilverkündende Axt, mit der das Prachtexemplar vom Leben zum Tode befördert werden sollte; die beiden anderen trugen nach Art der römischen Liktoren Bündel von Pfeilen. Gravitätischen Schrittes, langsam und würdevoll sich fortbewegend, kam nun der Held des Tages, der boeuf grand; eine kostbar gestickte grünsamte Decke, würdig eines Königs, verdeckte den herkulischen Leib, und ein dicker Lorbeerkranz umfing sein erlauchtes Haupt. Früher trug er auf seinem Rücken ein Kind, den sogenannten Metzgerkönig. Seitdem aber Frankreich Republik geworden, war auch dieser kleine Metzgerkönig abgesetzt worden und das Kind

„Achtstundenarbeiter“ gesucht, solche mit „Interesseneinlagen von 4000 Mark“ und mehr, die einem bankrotten Krauter auf die Beine helfen sollen und sich ihm mit Haut und Haaren verschreiben. Schlimm genug, daß die Moral bei der Unternehmerpresse nicht höher im Kurse steht, denn es ist nur zu offensichtlich, daß es sich bei diesen Krautern um Schwindler handelt, die sich nur auf Kosten der Gesellen sanieren wollen. Sie öffnet jenen Inseraten ihren Platz, wo sich Arbeitnehmer für 10 Mark Wochenlohn bei „unbeschränkter“ Arbeitszeit anbieten und reicht die Hand zum Tarifbruch. Aber auch im eigenen Hause der Meister stinkt es bedenklich. Nur daß der Sohn oder die Tochter einen Broterwerb finden, werden sie entweder „gegen bescheidene Ansprüche“ oder nach vorher vereinbarten „keinerlei zu gewährenden Verpflichtungen“ angeboten. Ohne jede Rücksicht auf Moral, Anstand und Sitte wird hier an jene appelliert, denen es bisher schon besonders gut gestanden hat, die Löhne zu drücken. Und dann spricht man noch davon, das Handwerk hätte goldenen Boden.

Jedem Obermeister, der salbungsvoll anlässlich der Lehrlingsfreisprechung sein althergebrachtes Sprüchlein vom Selbständigmachen und dergleichen schönen Dingen herunterleiert, seien die von uns erwähnten Auswüchse zum Studium empfohlen! Gegen diese im Handwerk traditionell gewordenen Mißstände zu kämpfen, ist Aufgabe unserer Organisation. Um vieles wäre es schlimmer bestellt, wenn nicht unser Verband bis heute riesige Arbeit zum Besten unserer Berufskollegen geleistet hätte. Deshalb, kommt zum Verband, kämpft mit ihm und mit euren Berufskollegen für eine Besserung der Verhältnisse. Die Gewerkschaft ist nicht nur dazu da, uns zu einer materiellen Besserstellung zu verhelfen, sondern auch Auswüchse zu beseitigen und somit kulturelle Werte zu schaffen!

Die Welt in Waffen

Der gegenwärtige Rüstungsstand geht aus den amtlichen Veröffentlichungen hervor, die 24 Staaten dem Völkerbund eingereicht haben. Darunter fehlt Sowjet-Rußland, das bekanntlich das stärkste Heer der Welt besitzt. Von den Staaten, bei denen eine Uebersicht möglich ist, hat das stärkste Heer Frankreich, dessen aktives Heer mit den Luftstreitkräften und den militärisch organisierten Verbänden eine Stärke in Höhe von 692 366 Mann hat. Dazu kommen 4,2 Mill. ausgebildete Reservisten. Das zweitstärkste Heer weist Italien mit rund 500 000 Mann auf. Es folgt Polen mit 330 000 Mann und 2,5 Mill. ausgebildeten Reservisten, Rumänien verfügt über ein Heer von 315 000, England über ein solches von 304 000, Japan über 276 000, Jugoslawien über 223 000, Spanien über 162 000, Amerika über 154 000, die Tschechoslowakei über 140 000, Deutschland über 100 000 und Belgien über 88 000 Mann. Die Uebersicht zeigt, daß Mars noch immer seinen unheilvollen Einfluß in der Welt ausübt. Der Friedensgedanke, der laut dem Versailler Friedensvertrag und unzähligen Versicherungen seine Herrschaft über die Welt antreten sollte, ist weiter denn je davon entfernt. Wie der Konflikt zwischen Japan und China beweist, bildet die bewaffnete Macht noch immer das aktivste Instrument in den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Staat. Eine traurige Bilanz, die am Jahresschluß 1931/32 zu ziehen ist.

Grössere Aktivität

Bessere Erfolge.

Die Arbeiterbewegung als Ganzes gesehen und die Gewerkschaften im besonderen haben noch recht große Reserven im Arbeiterlager für die Machterweiterung der Verbände. Die gegenwärtige Zeit erfordert von allen Verbandsfunktionären und allen Mitgliedern, denen das Interesse an der Erhaltung und dem Ausbau der Organisation am Herzen liegt, die im besonderen den Abwehrkampf gegen die soziale und wirtschaftliche Reaktion führen, die Pflicht, diese großen Kraftreserven unserem Verband noch dienstbar zu machen. Es darf nicht angehen, daß Mitglieder und Funktionäre sich von den Zeitereignissen treiben lassen und über das notwendige Maß hinaus dabei ihre Kraft und Energie verlieren. In den jetzigen Zeiten ist ein besonders großes Maß von Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen unbedingt erforderlich. Von der großen Weisheit der uns fernstehenden Kollegen, auch der Miesmacher in den eigenen Reihen, es ist nichts zu machen, es hat gar keinen Zweck usw., dürfen wir uns nicht einfangen lassen. Die Erfahrungen der gegenwärtigen Arbeit unserer Funktionäre beweisen überall, daß trotz der schlechten Zeit dort, wo Mut und Selbstvertrauen innerhalb der Mitglieder und Funktionäre vorhanden sind, der Verband nicht nur keine Mitgliederverluste, sondern auch noch Fortschritte zu verzeichnen hat.

Darum siegesbewußt heran an die Unorganisierten und Lauen, um sie für unsern Verband zu gewinnen. Um so leichter können unsere Aufgaben erfüllt werden.

Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten,
Nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen,
Rufet die Arme der Götter herbei.

Unsere Zeitschriften

Fleischerfachzeitschrift. Die Nummer 2 der „Fleischerfachzeitschrift“ erscheint am 16. Februar. Sie behandelt die Fragen: „Die Untersuchung des Fleisches und der Fleischwaren unter besonderer Berücksichtigung des Lebensmittelchemikers“, „Neue Wege bei der Bekämpfung der Rinderfinne“, „Rohwurstfabrikation“, „Früchte aus Wurstmasse“, „Pökel und Lake“, „Die Frischerhaltung des Fleisches“ und vieles andere mehr. Sie ist bei allen Unterkassierern und in den Büros der Ortsverwaltungen unentgeltlich zu haben.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 5. Februar bis 11. Februar 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Berlin 525,45, Braunschweig 64,08, Bremen 65,44, Oldenburg 16,32, Regensburg 34,12, Solingen 16,64, Stendal 15,16, Stettin 50,44, Nürnberg 154,72, Erfurt 20,00, Berlin 31,20, Güstrow 175,00, Naumburg 2,20, Dresden 169,92, Danzig 39,28, Kulmbach 28,32, Halle 59,24, Mainz 88,60, Saarbrücken 110,64, Heilbrunn 156,80, 69,20, Wiesbaden 29,64, Freiburg i. Br. 38,96, Osterode i. H. 82,25, Gleiwitz 104,80, Heilbronn 17,80, Königsberg i. Pr. 69,10, Mannheim 117,50, Saale 120,00, Aalen 17,85, Achim 67,03, Alsleben 160,00, Angerburg 35,33, Annaberg 200,00, Brake 11,85, Bremerhaven 200,00, Buxtehude 12,00, Calbe 62,00, Celle 596,20, Cöthen 108,66, Eberswalde 8,09, Eibau 40,04, Eisenberg 143,62, Eisleben 66,40, Falkenberg 14,00, Flensburg 102,22, Freiburg i. Schl. 52,60, Gerdaun 9,90, Göttingen 148,47, Greifswald 53,59, 35,95, Grevesmühlen 50,00, Grimma 163,50, Grönberg 484,23, Guben 53,75, Holzwinden 72,65, Jelnitz 75,46, Kelbra 5,23, Könnern 27,40, Köslin 53,55, 87,20, Küstrin 80,68, Landsberg 15,40, Lauenburg i. P. 40,00, Lauterberg i. H. 596,10, Lößnitz 63,43, Löwenberg 34,85, Luckenwalde 184,31, Marienwerder 21,04, Meuselwitz 1,00, Namslau 12,60, Naumburg 2,20, Neudamm 14,47, Neuhaldensleben 24,15, Neumünster 1,70, Nienburg 126,19, Oelsnitz 150,00, Oranienburg 193,07, Ortelburg 20,19, Oschersleben 195,75, Potsdam 100,40, Pyritz 95,91, Quedlinburg 279,51, Ratibor 97,53, Rötha 32,88, Rudolstadt i. Schl. 231,03, Salzwedel 3,61, Schkeuditz 176,04, Schlochau 1,17, Schneidemühl 8,85, 17,33, Schönebeck 337,73, Schwiebus 8,60, Sigmaringen 193,47, Storkow 41,00, Tangermünde 380,58, 300,00, Torgau 18,90, Ueiersen 157,65, 49,17, Vegesack 3,87, Walsrode 50,54, Wehlau 26,39, Wilhelmshaven 12,00, Wilthen 141,35, Wismar 6,40, Wurzen 916,77, Zittau 391,24, Weißwasser 150,00, Koblenz 58,62, Hannover 96,56, Frankfurt a. M. 151,48, Weimar 100,00, Leipzig 139,00, 24,00, Oldenburg 10,00, Chemnitz 54,12, Kiel 192,94, Kottbus 28,64, Landshut 28,32, Magdeburg 170,88, Glückstadt 211,75, Pulsnitz 100,00, Riesa 23,40, Bitterfeld 209,00, Christianstadt 50,00, Dessau 100,00, Solingen 10,00, Salzgungen 53,10, Straubing 250,00, Unruhstadt 5,00, Bremen 40,00, Kassel 38,28, Lübeck 27,16.

Sonstiges:

Berlin 678,38, 75,00, 86,52, 184,84, 660,00, Mainz 75,00, Königsberg i. Pr. 448,72, Berlin 76,34, 53,62, Kassel 6,00, Berlin 10,05, Mannheim 20,00, Leeuwarden 7,20, Stuttgart 3,30, Schneeberg 9,75, Berlin 350,00, Asbach 3,30, Berlin 86,27, München 52,00, Leipzig 37,40, London 7,20, Berlin 381,38, Augsburg 300,00, Zwickau 500,00, Berlin 125,00, 168,62, Berlin 20,00.

Korrespondenzen

Berlin. In dem unweit von Berlin liegenden Städtchen Oranienburg wurde der von seiner Tour heimkehrende Bierkutscher der Schultheiß-Patzenhofer-Niederlage, ein Mitglied unseres Verbandes, erschossen. Es handelt sich ohne Zweifel um einen geplanten Raubmord, wie er in letzter Zeit nur allzu häufig versucht wird. Dem Mörder ist das im Besitze des Kutschers befindliche Geld nicht in die Hände gefallen. Bei dieser Gelegenheit muß einmal ganz energisch darauf hingewiesen werden, daß die Niederlagen aus Ersparnisgründen mehr und mehr dazu übergehen, ihre Fahrer allein auf die Tour zu schicken. Das ist auch in diesem Fall geschehen. Damit wird Wegelagerern, die darüber orientiert sind, daß ein Bierkutscher in der Regel viel Geld mitführt, ihr Vorhaben erleichtert, die Fahrer selbst aber einer ungeheuren Gefahr ausgesetzt. Dieser Zustand bedarf dringend einer Abänderung.

Freiburg i. Br. Am 31. Januar fand die Generalversammlung statt. Der Besuch hätte allerdings ein besserer sein dürfen, zumal heute ein enges Zusammenarbeiten in der Gewerkschaft notwendig ist. Kollege Popp erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht und wies auf die allgemeine Notlage hin, die insbesondere auch die Arbeiterschaft der gesamten Nahrungsmittelindustrie im verflossenen Jahr erfaßt hat. Weit über 70 Proz. aller Mitglieder innerhalb der Ortsgruppe sind entweder arbeitslos oder arbeiten bei verkürzter Arbeitszeit. Vor allem sind es die Brauereiarbeiter, die von stark verkürzter Arbeitszeit betroffen sind, wozu noch der von der Regierung Brünning notverordnete Lohnabzug von 15 Proz. kam. Die Gruppe der Bäcker, Küfer, Müller und Fleischer ist zwar nicht in solch starkem Maße betroffen worden, aber auch hier ist die Krise mit ihren unheilvollen Wirkungen nicht ohne sichtbare Spuren geblieben. Es ist gelungen, alle bestehenden tariflichen Abmachungen zu erhalten. Ein erheblicher Teil der Beiträge ist wieder an die Mitglieder in Form von sozialen Unterstützungen zurückgeflossen. Ebenso kann auch die Mitgliederbewegung als befriedigend bezeichnet werden.

Die Vertretungen vor den Schlichtungsinstanzen und sonstigen Behörden waren außerordentlich zahlreich. In den meisten Fällen verließen sie zugunsten der Verbandsmitglieder. Tausende von Mark sind als materieller Erfolg zu buchen.

Am Schlusse des Berichts wurde der im letzten Jahre verstorbenen Verbandsmitglieder gedacht. Im Namen des Ortsgruppenvorstandes wurde allen Funktionären für ihre treue Mitarbeit der Dank ausgesprochen.

In der lebhaften Diskussion betonte Bezirksleiter Kollege Bieber, daß die Gewerkschaften gerade jetzt eine große Aufgabe zu erfüllen hätten und daß deshalb Einigkeit und größte Aktivität innerhalb des Verbandes notwendig seien. Die darauf folgende Neuwahl ergab die Wiederwahl aller bisheriger Vorstandsmitglieder. P.

Schleswig. In der am 5. Februar stattgefundenen Versammlung sprach Kollege Lankes, Berlin über das Thema: „Die Gewerkschaften im Entscheidungsjahr 1932“. Er führte aus, daß die Ursachen der Krise in erster Linie in dem 4 Jahre währenden Krieg zu suchen seien. Die Folgen dieses Vernichtungsfeldzuges haben die werktätigen Massen zu tragen. Sie sind es deshalb, die zusammenstehen müssen im Kampfe um ihre Lebensrechte. Insbesondere gilt der Kampf der Stärkung der Kaufkraft. Von den Unternehmern wird diese niedrig zu halten versucht. Im April werden eine ganze Anzahl Tarifverträge ablaufen. Bis dahin muß die Organisation gerüstet sein, um den Kampf um die Verbesserung der Tarifverträge erfolgreich führen zu können. Von der Versammlung wurde beschlossen, sofort in die Kleinarbeit einzutreten, um alle Berufsangehörige in Schleswig dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zuzuführen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Verstaatlichung des Bergbaues. Der freigewerkschaftliche Bergbauindustriearbeiterverband hielt am 8. Februar in Bochum eine Reichskonferenz ab, auf der die Verstaatlichung des Bergbaues gefordert wurde. Die Forderung wird mit dem Mißbrauch der wirtschaftlichen und politischen Macht des Privatkapitals und der organisatorischen Unzulänglichkeiten und Mißerfolge für die Gesamtwirtschaft begründet. Die gleiche Forderung auf Verstaatlichung des Bergbaues erhoben auch die christlichen Gewerkschaften.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Arbeitsmarkt. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 15. bis 31. Januar hat sich die Arbeitsmarktlage weiterhin verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen hat erstmalig die 6-Millionen-Grenze überschritten. Die Zunahme seit der letzten Veröffentlichung beläuft sich auf rund 75 000 gegenüber einer Zunahme von 298 000 in der ersten Januarhälfte. Im Vorjahr stieg die Arbeitslosenziffer in der zweiten Januarhälfte um rund 122 000 auf 4,88 Millionen. Von den gemeldeten Arbeitslosen werden von der Arbeitslosenversicherung rund 1,88 Millionen, von der Krisenfürsorge rund 1,60 Millionen und durch die gemeindliche Wohlfahrtsfürsorge rund 1,70 Millionen unterstützt. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist in geringem Maße auf weitere Entlassungen in der Landwirtschaft und dem Baugewerbe und im stärkeren Maße auf Entlassungen im Kohlenbergbau zurückzuführen. In der metallverarbeitenden Industrie hat sich nur in Westfalen eine leichte Belebung gezeigt, während in allen anderen Bezirken die Beschäftigung weiter zurückging. Durch die Wiederaufnahme von Steinbrucharbeiten sowie durch saisonbedingte Belebung einzelner Industriegruppen (Süßwaren-, Zellstoff- und Papierindustrie) ist eine erhebliche Anzahl Arbeiter neu eingestellt worden.

Arbeitslosigkeit in England. Das englische Arbeitsministerium hat völlig überraschend mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 21. Dezember bis zur dritten Januarwoche um 218 000 Personen zugenommen habe. Diese Mitteilung ist deshalb besonders bemerkenswert, weil in England und auch in Deutschland weite Kreise die Ueberzeugung hatten, daß die Entwertung des englischen Geldes um 30 Proz. zu einer Belebung der Industrie führen würde. Daß dies nicht geschehen ist und daß an der Zunahme der Arbeitslosigkeit auch der von der nationalen Regierung in aller Eile vollzogene Uebergang vom Freihandel zum Hochschutzzoll mit schier unüberwindlichen Zollmauern nichts ändern konnte, das ist von solch weittragender Bedeutung, um sicher ernüchternd zu wirken. Besonders in Deutschland werden Pläne geschmiedet, die entweder eine vollständige Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt befürworten, oder aber durch eine teilweise Entwertung des Geldes eine Belebung der Wirtschaft erhoffen. Daß Deutschland sich wegen der notwendigen Rohstoffe nicht vom Weltmarkt absperrern kann, und daß auch nur eine Teilinflation der Anfang vom Ende wäre, wird in diesen Plänen zu wenig beachtet.

Ermäßigungen der Bürgersteuer. Vom 10. Februar an tritt eine bedeutende Ermäßigung der Bürgersteuer für Kurzarbeiter und niedrig entlohnte Arbeiter und Angestellte ein. Künftig kommen nur noch die halben Sätze für diese Personen in Frage. Es werden alle Arbeiter, die bisher keine Lohnsteuer zu entrichten brauchten, nur noch den halben Satz der Bürgersteuer abzuführen haben. Diese Steuerermäßigung konnten bisher nur diejenigen Arbeitnehmer für sich beanspruchen, die 1930 keine Lohnsteuer entrichteten. Wo bereits der halbe Satz der Bürgersteuer zur Anrechnung gelangte, tritt keine weitere Ermäßigung ein.

Der Forderung auf eine Befreiung von der Bürgersteuer bei Kurzarbeit und jeder gering entlohnten Tätigkeit, sofern das Entgelt die Richtsätze der Wohlfahrtsunterstützung in den einzelnen Gemeinden nicht erreicht, hat die sächsische Regierung bereits am 13. Januar durch Verordnung an die Gemeinden entsprochen. Eine große Anzahl außersächsischer Städte hat sich diese Regelung zu eigen gemacht.

Lebenshaltungskosten gering gesunken. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten hat sich im Laufe des Monats Januar auf 124,5 gesenkt. Gegenüber dem Vormonat beträgt die Senkung nur 4,5 Proz.,

während sie gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres rund 12 Proz. beträgt. In Anbetracht der mehrmaligen Kürzung der Löhne ist dieser Rückgang der Lebenshaltungskosten äußerst gering und keineswegs geeignet, gegenüber der Lohnsenkung als Ausgleich zu wirken. Der Preisüberwachungskommissar hat noch viel Arbeit zu leisten, denn daß die Differenz zwischen dem Lohnabzug und der geringen Preissenkung für alle Zukunft den Unternehmern und dem Handel in die Tasche fließen soll, ist mehr als unerträglich. Er ist auch mit dem Gang der Dinge unzufrieden und erklärte, daß der bisherige Preisabbau wohl seinem gesteckten Ziel entspreche, daß er davon aber nicht befriedigt sei, „denn im Interesse einer Belebung der Wirtschaft ist es notwendig, das Verhältnis zwischen Kaufkraft und Preisen noch stärker zu verbessern. Das muß in kürzester Frist durchgeführt werden, um Stockungen im Produktionsprozeß auszuschalten, die sonst bei unsicher bleibenden Preisverhältnissen drohen würden“.

Kein verbilligtes Frischfleisch. Zum Zwecke der Verbilligung des Frischfleisches für minderbemittelte Bevölkerungskreise stellte die Reichsregierung den Betrag von 1,5 Mill. Mk. zur Verfügung. Nünmehr plant die Reichsregierung, die Frischfleischverbilligung einzustellen mit der Begründung, daß ihr hierzu die Mittel fehlen, obwohl noch immer der wirtschaftlich absurde Zustand besteht, daß die Regierung noch beträchtliche Mittel zur Stützung der Viehmärkte aufwendet. Mit dem Wegfall der Frischfleischverbilligung wird der Ernährungsgrad eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung weiter verschlechtert.

Bierzeugung im 4. Vierteljahr 1931. Den vorläufigen Ergebnissen über die Bierzeugung, die das Statistische Reichsamt veröffentlichte, entnehmen wir, daß die Bierproduktion gegen dem gleichen Quartal des Vorjahres um rund 2,82 Millionen Hektoliter oder 26,2 Proz. auf 7 935 915 Hektoliter zurückgegangen ist. In der Zeit vom 1. April, dem Beginn des Rechnungsjahres, und dem 31. Dezember wurden insgesamt 30,4 Millionen Hektoliter Bier hergestellt. Der Rückgang innerhalb dieser neun Monate gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres beträgt 9 Millionen Hektoliter oder 23 Proz. Vergleicht man die Bierproduktion dieser neun Monate mit der des Jahres 1929, so ergibt sich ein Rückgang von 16 Millionen Hektoliter oder 35 Proz. An dem Rückgang der Bierzeugung ist das obergärige Bier prozentual stärker beteiligt als das untergärige. Während die Herstellung von obergärem Bier von 527 000 Hektoliter im 4. Quartal 1930 auf 320 000 Hektoliter in der Berichtszeit oder um 39,3 Proz. zurückgegangen ist, beträgt der Rückgang des untergärenden Bieres rund 2,6 Millionen Hektoliter oder 25,5 Proz.

Rückständige Steuern. Steuer- und Zolleingänge weisen nach einer Uebersicht des Reichsfinanzministeriums eine erhebliche Mindereinnahme auf. An Besitz- und Verkehrssteuern kamen auf 1816 Millionen gegen 2098 Millionen im vorhergehenden Semester. Die Eintreibungen der Verbrauchssteuern und Zölle weisen Rückstände in Höhe von 101 Millionen Mark am 1. Oktober 1931 auf, davon wurden 43 Millionen Mark gestundet. Es ergeben sich im einzelnen Rückstände bei der Krisenlohnsteuer 0,4, Umsatzsteuer 80, Vermögensteuer 55, Zölle 27, Tabaksteuer 44, Zuckersteuer 10 und Biersteuer 11 Millionen Mark. Insgesamt verzeichnet der Bericht des Reichsfinanzministeriums Rückstände von 744 Millionen Mark.

Schäden der Tierseuchen. Der Wert der gesamten deutschen Viehwirtschaft wird mit rund 8,7 Milliarden Mark veranschlagt. Wie volkswirtschaftlich schädlich die Tierseuchen, wie Rotz, Maul- und Klauenseuche, Milzbrand u. a. sind, kommt dadurch zum Ausdruck, daß allein im Jahre 1926 ohne die Schäden durch Milzbrand, die 495 046 Mark betrug, 8 830 420 Mark an Schäden entstanden ist.

Unternehmergenossenschaften. Nach einer Zusammenstellung der Zeitschrift „Das Deutsche Handwerk“ wurden am 1. Januar 1932 folgende Unternehmergenossenschaften ermittelt: Für Bäcker 410, für Konditoren 18, für Müller 56, für Fleischer, zu denen noch die Häute- und Fellverwertungen kommen, 110. Daraus ist zu ersehen, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß bei den Unternehmern unserer Fach- und Berufsgruppen recht fest verwurzelt ist.

Gegnerische Organisationen

Fleischer-Hirsche erhalten Konkurrenz. In diesen Tagen wurde ein „Verband ehemaliger Fleischer-Fachschüler“ gegründet, dem fast ausschließlich Meister und Meistersöhne angehören. Das hat den Hirsche-Bund aus dem Häuschen gebracht in der ganz richtigen Erkenntnis, weil ihm nun eine starke Konkurrenz erwächst. Sein unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinendes Blättchen meint: „Ueber die Entstehung (dieser Organisation. D. R.) könnten wir vieles berichten, doch davon später.“ Dem neuen „Verband“ wird bereits der Kampf angesagt. Die Drohung läßt eine neue „Führerivalität“ vermuten. Die Angst der Hirsche ist begreiflich, schon wegen der vielen Meistersöhnen in seinen Reihen.

Der gelbe Hemdmatz gebärdet sich wie toll, weil wir ihm anlässlich des 25jährigen Bestehens des meistertreuen Bundes die Larve vom Gesicht rissen. Wie ein Irrenhäusler fuchtelt er im gelben Blättchen herum und glaubt damit bei seinem gelben Schäffchen Eindruck zu schinden, wenn er Kraut und Rüben durcheinander wirft. Er bestätigt aber dadurch selbst die von uns angeführten Tat-

sachen über den gemeinen Verrat, den dieser Meisterinteressentenhaufen seit seinem Bestehen gegen die aufwärtstrebenden Bäckergesellen betrieben hat. Unsere Mitglieder werden diese Tatsache gern zur Kenntnis nehmen.

Unternehmertum

Unternehmerpresse und Profit. Die „Fleischer-(Meister-)Verbandszeitung“ veröffentlicht in Nr. 32 ein Inserat, wonach ein in seinem früheren Beruf Abgebauter die gründliche Erlernung und praktische Ausbildung im Fleischerfach wünscht. Der „Abgebaute“, 27 Jahre alt, verfügt über Kenntnisse im Automobillfach, besitzt einen Führerschein und sucht gegen freie Station und „etwas“ Taschengeld Ausbildung. So hilft das „amtliche“ Organ des Fleischerverbandes mit, daß den berufsständigen Fleischergesellen das Brot weggenommen wird. Mit einer seltenen Heuchelei wird somit immer die „soziale Fürsorge“ für die Gesellen hervorgehoben. Kein Hahn kräht nach den tausenden „abgebaute“ Fleischergesellen, hier aber wird schmutzigster Konkurrenz Vorschub geleistet.

Drewitz hat Pech. Seitdem der Führer der Wirtschaftspartei und M. d. R. Drewitz in die Ecke gestellt wurde, schreitet das Unglück mit Riesenschritten an ihn heran. Als er noch der Mittelpunkt und die geistige Kapazität der Wirtschaftspartei war, schmückte er sich bei festlichen Anlässen gern mit dem E. K. I. Bereitwilligst erzählte er, daß er in jungen Jahren bei dem Reichspräsidenten Wache gestanden habe und als simpler Soldat ohne Charge während des Weltkrieges das E. K. I. erhielt. Nun sind aber doch Zweifel aufgetaucht über seine militärische Vergangenheit und seine „Freunde“ spürten seinen militärischen Heldentaten nach. Sie stellen nun fest, daß Drewitz während des Krieges als Feldbäcker in Mazedonien war. Früher mit ihm in dieser Bäckereikolonie Beschäftigte erklärten, solange Drewitz in dieser Bäckereikolonie beschäftigt war, habe er keine Auszeichnung erhalten. Später sei er als malariakrank nach Berlin und in eine Garnisonbäckerei gekommen. Nach dieser Darstellung trägt Drewitz das E. K. I. widerrechtlich. Warum er so großen Wert auf diesen Schmuck legt, ist uns unbekannt, vielleicht deshalb, um sich beim Reichspräsidenten als Vaterlandsverteidiger erster Klasse besonders produzieren zu können, schließlich auch, um größeren Eindruck zu schinden. Drewitz wird schon wissen warum, und er wird auch dafür sorgen, der Öffentlichkeit zu beweisen, was Wahrheit und Dichtung ist. Obwohl bereits seit einigen Wochen diese Feststellung in der Öffentlichkeit bekannt ist, konnten wir nicht erfahren, daß Drewitz etwas dagegen unternommen hat.

Internationales

Adressenverzeichnis der IUL.

- Amerika.** Bakery and Confectionery Workers International Union of America. Chicago III, 2719 Best Avenue.
- Belgien.** Centrale des Travailleurs des Industries Alimentaires et de l'Agriculture. Bruxelles, Rue Josef-Stevens 17.
- Dänemark.** Bageri-og Konditorarbejdernes Forbund i Danmark. Kobenhavn V, Rosenornsal 14.
- Dansk Bryggeri-, Braenderi- og Mineralvandsarbejder-Forbund.** Kobenhavn V, H. C. Orstedvej 28 Bl.
- Dansk Molleriarbejder-Forbund.** Kobenhavn L, Musvaagevej 18 st.
- Dansk Slagteriarbejder-Forbund.** „Axelborg“. Kobenhavn V, 5. Sal, Stue 30.
- Sukkervare-, Chocolate- og Bisquitarbejdernes-Forbund.** Kobenhavn V, Rosenornsal 12.
- Deutschland.** Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
- England.** Amalgamated Union of Operative Bakers, Confectioners and Allied Workers. London WC 1, Union House, 8, Guilford Street.
- National Union of Distributive and Allied Workers.** Manchester, Oakley, Wilmslow Road, Fallowfield.
- Finnland.** Finlands Arbetarforbund RF. Helsinki, Sirkuskatu 5.
- Frankreich.** Fédération Nationale Confédérée des Travailleurs de l'Alimentation. Paris (Xe), 211, Rue Lafayette.
- Holland.** Algemeene Nederlandsche Bond van Arbeid(st)ers in het Bakkers-, Chocolate- en Suikerbakerijbedrijf. Amsterdam, Sarphatikade 21.
- Nederlandsche Bond van Arbeiders(st)ers in de Slagers- en aanverwante Bedrijven.** (West.) Amsterdam, 3e, Helmersstraat 54.
- Luxemburg.** Fédération des Ouvriers Brasseurs Luxembourgeois. (Grund.) Luxemburg.
- Verband der Lebens- und Genußmittelindustriearbeiter Luxemburgs.** Frl. Lily Becker, Luxemburg, Neypergstraße.
- Norwegen.** Norsk Baker- og Konditorforbund. Folkets Hus, Oslo.
- Norsk Kjøttindustriarbejderforbund.** Folkets Hus, Oslo.
- Norsk Naerings- og Nydelsesmiddelearbejderforbund.** Oslo, Storgaten 39.
- Oesterreich.** Zentralverband der Lebens- und Genußmittelarbeiter und -arbeiterinnen Oesterreichs. Wien VIII, Albertgasse 35.
- Palästina*).** General Federation of Jewish Labour in Eretz-Isreal. Tel-Aviv.

* Einzelmitgliedschaft im Gewerkschaftsbund.

- Polen.** Związek Robotników Przemysłu Spozywczego w Polsce. Warszawa, Długa 19.
- Związek Zawodowy Robotników Cukrowni w Polsce.** Warszawa, ul. Długa 19.
- Rumänien.** Uniunea Muncitorilor in Alimentatie din Romania. Centrala; Bucaresti, Str. Isvor 37.
- Schweden.** Svenska Bryggeriindustriarbetareförbundet. Stockholm.
- Svenska Livsmedelsarbetareförbundet.** Stockholm, Upplandsgatan 2, 2tr.
- Schweiz.** Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz. Zürich IV, Körnerstraße 12.
- Slovenien.** Savez Zivezarskih Radnika Ca Jugoslavije. Zagreb, Ilica 55.
- Unija Radnika Zivotnih Namirnica Jugoslavije.** Beograd, Nemanjina 28.
- Spanien.** Federacion Nacional de las Artes Blancas Alimenticias. Madrid, Piamonte 2 (Casa del Pueblo).
- Tschechoslowakei.** Zentralverband der Lebensmittelberufe in der Tschechoslowakischen Republik. Prag I, Bartolomejska 14.
- Zentralverband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genußmittelindustrie und verw. Berufe im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik.** Bodenbach a. d. Elbe, Beethovenstraße 14.
- Ungarn.** Landesverband der Lebensmittelarbeiter, Budapest, Peterdy Ucca 6—8.
- Landesverband der Fleischgewerbetarbeiter Ungarns.** Budapest VIII, Kerteszgasse 22.

Literatur

Sowjetdeutschland? Eine Streitschrift von Dr. Peter Garwy. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Von kommunistischer Seite wird nichts unversucht gelassen, unterstützt durch die Wirtschaftsmisere, ein Sowjetdeutschland vorzubereiten. Der Verfasser weist in dieser Schrift nach, daß Sowjetdeutschland nicht zum Sozialismus führt, wenn die Staatsmacht sich auch proletarisch nennt. Ein Staatsbetrieb ist noch lange kein sozialistischer Betrieb, das beweist uns gegenwärtig mit aller Deutlichkeit Rußland. Der Verfasser erkennt an, daß die Voraussetzungen für ein Sowjetdeutschland gegeben sind. Im Gegensatz zu Rußland hat Deutschland nicht nötig erst Fabriken, Kraftwerke, Eisenbahnen und eine Handelsflotte zu schaffen. In Deutschland fehlt es auch nicht an qualifizierten Arbeitern. Deutschland ist auch kein Land der Analphabeten. In Deutschland bildet das Proletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Dazu ist es politisch geschult und organisiert. Das alles stimmt. Aber das sind eben alle objektive Voraussetzungen für die sozialistische Umwandlung Deutschlands im Rahmen und mit den Mitteln der Demokratie. Und das ist das Ziel und der Weg der deutschen Sozialdemokratie.

Diese allgemeinverständlich geschriebene Broschüre verdient es weit verbreitet zu werden.

Sozialdemokratische Parteikorrespondenz. Jahrgang 1931. 888 Seiten. In Ganzleinen gebunden 6,50 Mk. Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Der gebundene Jahrgang der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz ist ein unentbehrliches Nachschlagewerk für jeden, der sich mit Parteipolitik befaßt. In ihm ist eine fast lückenlose Darstellung aller wichtigen innen- und außenpolitischen Ereignisse, das umfangreiche Material über gegnerische Parteien und informatorische Beiträge über fremde Staaten enthalten.

Unsern lieben Koll. Josef Kost und seiner lieben Gattin zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Ortsgruppe Gleiwitz.

Unsern Kollegen Richard Baumgärtner zu seinem 25jähr. Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppe Rötka.

Unsern lieben, treuen Kollegen Norbert Rumpel, Bierbrauer, und seiner lieben Frau zu ihrem am 7. Februar 1932 stattgefundenen 25jähr. Ehejubiläum nachträglich noch die besten Glück- und Segenswünsche. [2,70]

Die Kollegen der Ortsgruppe Sigmaringen-Scheer.

Unsern lieben Kollegen, dem Kellermeister Arthur Meißner, zu seinem 25jähr. Arbeitsjubiläum am 11. Februar 1932 die herzlichsten Glückwünsche. [2,70]

Die Kolleginnen und Kollegen der Engelhardt-Brauerei, Abt. Gottesberg, Schlesien. Ortsgruppe Waldenburg, Schlesien

Unsern Arbeitskollegen Heinrich Strunk zu seinem 25jähr. Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die Belegschaft der Fa. Franz Dressing, Zuckerwarenfabrik, Herford i. Westf.

Unsern Kollegen Mathias Lief und seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die freigeorganierten Kollegen der Königsbacher Brauerei. Die Ortsgruppe Koblenz.

Nachruf!

Am 30. Januar 1932 starb nach längerem, schwerem Leiden unser Kollege, der Malzer

Paul Hennig.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [4,50]

die Kollegen der Schloßbrauerei Neunkirchen, Ortsgruppe Saarbrücken.

Unsern Kollegen Johann Daum nebst seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Th. Schmitz, Kellermeister, zu seinem 30jähr. Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,70]

Ortsgruppe Trier.

Unsern Mitglied und Kollegen Paul Cantow nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche z. silbernen Hochzeit Die Belegschaft der Knäpperschen Brotfabrik. Ortsgr. Düsseldorf [1,80]

Unsern lieben Kollegen Peter Blümlein nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Unsern lieben Kollegen Eduard Blaumann nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,70]

Ortsgruppe Bremerhaven.

Unsern Kollegen Willi Woltemade zum 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Die Kollegen der Berliner Kindl-Brauerei, Abt. III, Berlin-Weißensee

Unsern verehrten Kollegen Otto Weiß zu seinem 25jähr. Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]

Die Kollegen der Produktivgenossenschaft der Bäckerei- und Konditoreiarbeiter. Ortsgruppe Danzig.

Unsern werten Kollegen Johann Ernst und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die besten Glückwünsche. [1,50]

Ortsgruppe Elbing.

Nachruf!

Plötzlich und unerwartet nahm für immer Abschied von seinen Kollegen unser Vertrauensmann, der Brauer

Max Schelhammer

aus Lauscha im Alter von 52 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

die Ortsgruppe Sonneberg, Thüringen. [4,50]

Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

6. Fortsetzung

Die Kommission der Gerichtsärzte, die darüber entscheiden sollte, ob der geistige Horizont Schwejks all den Verbrechen, deren er angeklagt war, entspreche oder



nicht entspreche, bestand aus drei ungewöhnlich ernsten Herren mit Ansichten, von denen sich die jedes einzelnen von der jedes der beiden übrigen bedeutend unterschied.

Es waren hier drei verschiedene wissenschaftliche Schulen und psychiatrische Anschauungen vertreten.

Wenn es im Falle Schwejks zwischen diesen entgegengesetzten wissenschaftlichen Lagern zu einer völligen Übereinstimmung kam, läßt sich dies nur durch den niederschmetternden Eindruck erklären, den Schwejk auf die ganze Kommission machte, als er beim Betreten des Zimmers, wo sein Geisteszustand geprüft werden sollte, sobald er auf der Wand das dort hängende Bild des österreichischen Monarchen bemerkte, ausrief: „Meine Herren, es lebe Kaiser Franz Josef I.“

Die Sache war vollkommen klar. Durch die spontane Kundgebung Schwejks entfiel eine ganze Reihe von Fragen und es bedurfte nur noch einiger der wichtigsten, damit aus den Antworten die wahre Meinung Schwejks auf Grund des Systems des Psychiaters Kallerson, des Doktor Heveroch und des Engländers Weiking hervorgehe.

„Ist Radium schwerer als Blei?“

„Ich hab's, bitte, nicht gewogen“, antwortete Schwejk mit seinem freundlichen Lächeln.

„Glauben Sie an das Ende der Welt?“

„Zuerst müßt ich dieses Ende der Welt sehn“, warf Schwejk gleichmütig hin, „ganz bestimmt wenn wirs aber morgen noch nicht erleben.“

„Könnten Sie den Durchmesser der Erdkugel ausmessen?“

„Das möchte ich, bitte, nicht treffen“, antwortete Schwejk, „aber ich selbst möchte Ihnen, meine Herren, auch ein Rätsel aufgeben: Es ist ein dreistöckiges Haus, in diesem Haus sind in jedem Stock acht Fenster. Auf dem Dach sind zwei Giebel und zwei Kamine. In jedem Stock sind zwei Mieter. Und jetzt sagen Sie mir, meine Herren, in welchem Jahr ist dem Hausmeister seine Großmutter gestorben?“

Die Gerichtsärzte blickten einander bedeutungsvoll an, nichtsdestoweniger stellte einer von ihnen noch die Frage:

„Können Sie nicht die größte Tiefe im Stillen Ozean?“

„Das bitte, nicht“, lautete die Antwort, „aber ich denk, daß sie entschieden größer sein wird, als unterm Wschehrader Fe'sen in der Moldau.“

Der Vorsitzende der Kommission fragte kurz: „Genügt?“ aber einer der Mitglieder erbat sich doch noch folgende Frage:

„Wieviel ist 12 897 mal 13 683?“

„729“, antwortete Schwejk, ohne zu zucken.

„Ich glaube, das genügt vollkommen“, sagte der Vorsitzende der Kommission. „Sie können den Angeklagten wieder an seinen Platz zurückbringen.“

„Ich dank Ihnen, meine Herren“, sagte Schwejk ehrerbietig „mir genügt's auch vollkommen.“

Nachdem er gegangen war, kam das Kollegium der Drei überein, daß Schwejk ein notorischer Blödi und Idiot nach allen Naturgesetzen sei, die von den psychiatrischen Wissenschaftlern erfunden worden waren.

In dem an den Untersuchungsrichter abgesandten Bericht stand unter anderem: „Die endesgefertigten Gerichtsärzte stützen sich auf völlige geistige Abgestumptheit und angeborenen Kretinismus des der oben angeführten Kommission zugewiesenen Josef Schwejk, der sich in Worten äußert, wie: „Es lebe Kaiser Franz Josef I.“, welcher Ausspruch vollkommen genügt um den Geisteszustand Josef Schwejks als notorischen Idioten zu bezeichnen. Die endesgefertigte Kommission beantragt daher: 1. Einstellung der Untersuchung gegen Josef Schwejk. 2. Ueberführung Josef Schwejks zur Beobachtung in die psychiatrische Klinik, zwecks Feststellung

Wöchnerinnenheimpflege

Nach § 196 der Reichsversicherungsordnung können die Krankenkassen an Stelle des der Versicherten sonst zustehenden Wochengeldes Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim gewähren. Die Einweisung in ein derartiges Heim darf in jedem Fall nur mit der Zustimmung der Versicherten erfolgen. Es handelt sich hierbei nicht um eine durch die Kassensatzung vorzusehende Mehrleistung, sondern um eine von Fall zu Fall in das Belieben der Kasse (des Kassenvorstandes) gestellte Kannleistung, zu deren Gewährung die Kasse nicht verpflichtet ist. Die Wöchnerin hat demnach keinen Rechtsanspruch auf Unterbringung in einem Wöchnerinnenheim. Wichtig ist, daß diese Pflege an Stelle des Wochengeldes gewährt werden kann. Dies hat zur Folge, daß auch durch einen Aufenthalt in einem solchen Heim die übrigen Leistungen der Wochenhilfe nicht berührt werden. In den letzten Jahren haben erfreulicherweise die Versicherten in steigendem Maße von der Möglichkeit der Entbindung in einem Heim oder einer ähnlichen Anstalt Gebrauch gemacht.

Auf die Vorteile, die hierdurch für Mutter und Kind entstehen, braucht hier wohl nicht erst hingewiesen zu werden. Man denke nur daran, in welchen Wohnlöchern oder Kellern in vielen Fällen die Frauen ihrer schweren Stunde entgegensehen. Wie ganz anders und sicherer für Mütter und Kinder ist dagegen die Entbindung in einem sauberen Heim mit anständigen Betten usw. Die Krankenkassen haben sich diesem Fortschritt nicht hinderlich in den Weg gestellt, sondern in steigendem Maße diese Wöchnerinnenheimpflege gewährt.

Einen Strich durch diese Entwicklung hat nun die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 gemacht. Durch diese sind die Leistungen sämtlicher Kassen auf die Regel- oder Pflichtleistungen herabgedrückt worden. Die Wiedergewährung höherer Leistungen ist nur in Ausnahmefällen möglich. Nach dem Wortlaut der Verordnung und ihrer Auswirkung ist sie praktisch schier unmöglich gemacht. Die Gewährung der Wöchnerinnenheimpflege steht nun auch außerhalb der Regelleistungen. Die Kassen dürfen diese Leistungen demnach nicht mehr gewähren.

Jetzt nun hat der Reichsarbeitsminister am 7. Januar 1932 einen Bescheid erteilt. In diesem heißt es: „Ich sehe die Gewährung von Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim an Stelle des Wochengeldes und von Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen unter Abzug eines Betrages bis zur Hälfte des Wochengeldes nicht als Mehrleistungen, sondern als Ersatzleistungen an. Diese Leistungen stehen also der Krankenhauspflege gleich und werden durch die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 nicht berührt.“ Nach diesem Bescheid dürfen also die Kassen nach wie vor wieder Wöchnerinnenheimpflege gewähren. Sie können diese nicht unter Bezugnahme auf die genannte Notverordnung ablehnen. Kl—s.

wieweit sein Geisteszustand für seine Umgebung gefährlich ist.“

Während dieser Bericht verfaßt wurde, erklärte Schwejk seinen Haftgenossen: „Auf den Ferdinand ham sie gepöfien und ham sich mit mir von noch größeren Blödsinn unterhalten. Zum Schluß hamr uns gesagt, daß uns das vollkommen genügt, wovon wir uns erzählt ham und sind auseinandergesangen.“

„Ich glaub niemandem“, bemerkte der verhutzelte, kleine Mensch, auf dessen Wiese man zufällig ein Skelett ausgegraben hatte, „es is alles eine Diebsbande.“

„Auch diese Diebsbande muß sein“, sagte Schwejk und legte sich auf den Strohsack, „wenns alle Menschen mit den andern Menschen gut meinen möchten, mücht bald einer den andern erschlagen.“

4.

Schwejks Hinauswurf aus dem Irrenhaus.

Wenn Schwejk später sein Leben im Irrenhaus schilderte, tat er dies unter ungewöhnlichen Lobpreisungen: „Ich weiß wirklich nicht, warum diese Narren sich ärgern, wenn man sie einsperrt. Man kann dort nackt auf der Erde kriechen, heulen wie ein Schakal, toben und beißen. Wenn man das irgendwo auf der Promenade machen mücht, mücht die Leute sich wundern, aber dort is es selbstverständlich! Dort is so eine Freiheit, wie sie sich nicht mal die Sozialisten träumen lassen. Man kann sich dort sogar für den Herrgott oder für die Jungfrau Maria ausgeben, oder für den Papst, oder für den König von England, oder für Seine Majeestät den Kaiser, oder für den heiligen Weazel, obzwar der letztere fest gebunden und nackt war und in der Isolierzelle gelegen is. Einer war auch dort, der hat geschrien, er is ein Erzbischof, aber der hat nichts anderes gemacht als nur gefressen und noch was hat er gemacht, mit Vergeben, Sie wissen schon, was sich so bißl drauf reimt, aber dort schämt sich keiner dafür. Einer hat sich dort sogar für den heiligen

Dr. Marion Phillips †

Am 23. Januar starb die Generalsekretärin der Frauenorganisation der britischen Arbeiterpartei Dr. Marion Phillips. Die Verstorbene war 1881 in Melbourne in Australien geboren. Als Studentin der Nationalökonomie kam sie nach England. Durch Zusammenarbeit mit Beatrice Webb wurde sie über die Suffragetten-Bewegung Anhängerin und Mitglied der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und bald die Sekretärin der Arbeiterinnenliga. In dieser Eigenschaft nahm sie an vielen Tagungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, an Konferenzen und Kongressen der sozialistischen Internationale teil und wirkte als verständnisvolle und energische Verfechterin von Arbeiterinneninteressen.

Seit vielen Jahren war die Verstorbene Herausgeberin und Redakteurin der Monatsschrift „The Labour Woman“ (Die Arbeiterfrau). Als Parlamentarierin, Mitglied des Unterhauses, entfaltete sie eine für die Arbeiterbewegung und speziell für die Arbeiterinnen segensreiche Tätigkeit. Auch sie unterlag bei den letzten Wahlen im Oktober 1931, wie übrigens alle weiblichen Kandidaten der Labour Party.

Marion Phillips hat sich in der internationalen Arbeiterinnenbewegung einen Ehrenplatz gesichert und auch unsere Kolleginnen werden ihrer stets ehrend gedenken.

Weibliche Fleischergelesen

Ganz mit Recht sagt ein Fleischermeister zur Frage der weiblichen Fleischergelesen in einem Eingekant in der „Allgemeinen Fleischerzeitung“: „Was wir nicht gebrauchen, soll auch nicht ausgebildet werden; denn für eine Modelaune oder Spielerei ist uns unser alter ehrwürdiger Beruf wirklich zu gut. Die arbeitslosen Gelesen nehmen von Tag zu Tag zu und das sollte nach Möglichkeit nicht noch begünstigt werden. — Ein weiblicher Geselle war eine Seltenheit, heute beginnt er eine Möglichkeit zu werden. Wieviel Gelesen verlieren dadurch ihr Brot? Und nun gar weibliche Fleischermeister? ... Jeder Meister und Geselle wird stolz sein, wenn eine Meisterfrau oder -tochter treu zum Beruf hält, eine tüchtige Verkäuferin ist und die Tugenden einer Hausfrau besitzt. Aber jeder Jungmeister wird bestimmt lieber eine tüchtige Geschäftsfrau, als einen weiblichen Kollegen zum Altar führen... Eine tüchtige Ausbildung im Laden und eine richtige Prüfung im Verkauf, Dekorieren und Garnieren ist doch besser angebracht, als eine Meisterprüfung im Schlachten und Wurstmachen.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, denn auch wir haben stets gegen die Ausbildung weiblicher Handwerksgelesen scharf angekämpft. Werden diese Worte auch beachtet werden von denen, die es angeht?

Cyrril und Method ausgegeben, damit er zwei Portionen kriegt. Und ein Herr war dort schwanger und hat jeden zur Taufe eingeladen. Dann hats dort viel eingesperrte



Schauspieler, Politiker, Fischer und Skauts, Markensammler und Photographen und Maler gegeben. Einer war dort wegen irgendwelchen alten Töpfen, zu denen er Aschenurnen gesagt hat. Einer war fort in der Zwangsjacke, damit er nicht ausrechnen hat können, wann die Welt untergeht wird. Auch mit paar Professoren bin ich dort zusammengekommen. Einer von ihnen is mir fort nachgegangen und hat mir erklärt, daß die Wiege der Zigeuner im Riesengebirge gestanden is und der andere hat mir auseinandergesetzt, daß im Innern der Erdkugel noch eine viel größere is als die obere.

(Fortsetzung folgt.)